

JÜRGEN C. HESS UND FRISO WIELENGA

DIE NIEDERLANDE UND DIE
WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS

Ein Beitrag zur Debatte um die „Verpassten Gelegenheiten“ im Jahr 1952¹

„Die niederländische Regierung erkennt den legitimen Wunsch der deutschen Bevölkerung vollständig an, daß die Teilung ihres Vaterlandes beendet werden möge.“² In dieser Erklärung, abgegeben während einer Debatte über den Staatshaushalt im Dezember 1952, kam eine der Hauptmaximen niederländischer Deutschlandpolitik Anfang der fünfziger Jahre zum Ausdruck: Das deutsche Verlangen nach Wiederherstellung der nationalen Einheit fand offizielle Zustimmung im Haag und wurde als legitim anerkannt. Mit dieser scheinbar unmißverständlichen Feststellung beginnen indessen die Fragen erst. Galt die Zustimmung vorbehaltlos oder nur für eine bestimmte Form der Wiedervereinigung? Und wie verhielt sich diese Maxime zu den übrigen Zielsetzungen der niederländischen Deutschlandpolitik, wie zu deren Umsetzung? Hatte dieser Leitsatz nur allgemeine oder eine handfeste praktische Bedeutung? Die deutsche Frage gewann vor allem während der Frühjahrs- und Sommermonate des Jahres 1952, als die sogenannten Stalin-Noten eine rege diplomatische Aktivität zwischen Ost und West auslösten, dramatische internationale Aktualität. Da jener Notenwechsel bei nicht wenigen Zeitgenossen und später bei manchem Historiker den Eindruck entstehen ließ, der Westen und insbesondere Adenauer hätten hier eine, ja *die* Chance zur Wiedervereinigung versäumt (eine These, die in den letzten Jahren besonders von Rolf Steininger ver-

¹ In einer gekürzten Fassung wurden die vorliegenden Ausführungen anlässlich des 2. deutsch-niederländischen Historikerkolloquiums am 8. 9. 1986 in der Universität Utrecht öffentlich vorgetragen. – Wegen der Konzentration auf die deutsche Frage können hier nur einige wichtige Aspekte des Verhältnisses zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland angesprochen werden, doch sei darauf verwiesen, daß Friso Wielenga 1988 im Rahmen eines von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekts eine umfassende Studie über die deutsch-niederländischen Beziehungen von 1949 bis 1955 vorlegen wird.

Für die Genehmigung zur Einsichtnahme in wichtige Aktenbestände danken wir dem Algemeen Rijksarchief und dem Archiv des niederländischen Außenministeriums sowie dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes. Dieser Dank gilt im besonderen den Archivaren und Mitarbeitern dieser Archive für ihre vielfältige und hochgeschätzte Unterstützung.

² Handelingen Tweede Kamer 1952–1953, deel 2800, Rijksbegroting voor het Dienstjaar 1953, Hoofdstuk III, Buitenlandse Zaken, Memorie van Antwoord (2. 12. 1952), No. 14, S. 15.

treten wurde³), stellt sich die Frage, wie die internationale diplomatische Aktivität nach „Stalins Angebot“ im niederländischen Außenministerium aufgenommen und beurteilt wurde. Schon hier sei gesagt, daß das Notenduell im „Ministerie voor Buitenlandse Zaken“ große Beachtung fand. Stützen oder schwächen die einschlägigen Akten nun die These von der „verpaßten Chance“ des Jahres 1952?

Im folgenden wird zunächst die Ausgangslage gekennzeichnet, in der im Jahre 1949, während der Gründungsphase der Bundesrepublik, die niederländische Politik gegenüber dem deutschen Nachbarn konzipiert wurde. In einem zweiten Abschnitt ist dann die nähere Ausprägung der deutschlandpolitischen Linie der Niederlande 1950 und vor allem 1951 zu verfolgen. Im dritten Teil wird die niederländische Haltung zum Notenwechsel des Jahres 1952 beschrieben. Nach einem Ausblick auf die Jahre 1953 bis 1955 wird die niederländische Einstellung zur deutschen Frage abschließend noch einmal zusammenfassend charakterisiert. Ausdrücklich hervorgehoben sei, daß unter der deutschen Frage hier nicht der Gesamtkomplex der die niederländische Politik beschäftigenden deutschen Probleme verstanden wird, sondern nur die potentielle Wiedervereinigung Deutschlands und alle damit verbundenen Implikationen.

1.

Die niederländische Außenpolitik der frühen fünfziger Jahre bewegte sich in einem Rahmen, der sich in den ersten Nachkriegsjahren herausgebildet hatte⁴. Der Verlust Indonesiens und die Entwicklung der westeuropäisch-atlantischen Zusammenarbeit auf dem Felde der Wirtschaft und der Sicherheit vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Ost-West-Konflikts bildeten Orientierungspunkte, die die Aufgabe

³ Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten*, Bonn 1985 (der Darstellungsteil dieses Bandes ist auch separat veröffentlicht unter dem Titel: *Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf der Grundlage britischer und amerikanischer Akten*, Bonn 1985); ders., „Die Stalin-Note vom März 1952 – eine Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands?“, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, Göttingen 1985, S. 362–379.

⁴ Vgl. hierzu u. a. Samuel I. P. van Campen, *The Quest for Security. Some Aspects of Netherlands Foreign Policy 1945–1950*, Den Haag 1957; Albert E. Kersten, „Nederland en de buitenlandse politiek na 1945“, in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden* Bd. 15, Haarlem 1982, S. 382 ff.; Adrian F. Manning, „Die Niederlande und Europa von 1945 bis zum Beginn der fünfziger Jahre“, in: *VfZ* 29 (1981), S. 1–20; H. A. Schaper, „Het Nederlandse Veiligheidsbeleid 1945–1950“, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden* 96 (1981), S. 277–299; J. J. C. Voorhoeve, *Peace, Profits and Principles. A Study of Dutch Foreign Policy*, Den Haag 1979; zur niederländischen Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren siehe vor allem Horst Lademacher, „Die Niederlande und Deutschland 1945–1949. Wirtschaftsfragen und territoriale Korrekturen“, in: Wilfried Ehbrecht/Heinz Schilling (Hrsg.), *Niederlande und Nordwestdeutschland*. Franz Petri zum 80. Geburtstag, Köln 1983, S. 456–511.

der traditionellen Neutralitätspolitik und eine Konzentration auf den westeuropäischen Raum zur Folge hatten. Hier galt es, zu neuen Formen politischer, ökonomischer und militärischer Kooperation zu finden. War schon dies eine Aufgabe, die ein hohes Maß an konstruktiver Phantasie erforderte, so wurde sie noch zusätzlich kompliziert durch die Frage, wie Deutschland in diesen Rahmen – unter Berücksichtigung des deutschen Verlangens nach weitgehendem Abbau diskriminierender Beschränkungen wie zugleich der Beachtung des Sicherheitsbedürfnisses der Westeuropäer vor Deutschland – einzubeziehen sei.

Nun war die gleichberechtigte Integration zumindest Westdeutschlands in niederländischen Augen im Entstehungsjahr der Bundesrepublik allerdings alles andere als eine Selbstverständlichkeit: Der Schock, den der deutsche Überfall am 10. Mai 1940 ausgelöst hatte, wirkte ebenso tief wie das Trauma der Besatzungserfahrungen zwischen 1940 und 1945. Bei der Regelung einer Entschädigung für die während der Kriegsjahre erlittenen umfangreichen Schäden war noch keine Lösung gefunden, die die niederländische Seite zufriedenstellte. Wichtiger als diese offen gebliebene Rechnung waren aber, zum einen, das niederländische Interesse an der Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem deutschen Nachbarn sowie, zum anderen, die Erlangung einer verlässlichen Sicherheitsgarantie. Wurde seit Anfang 1948 auch zunehmend die russische Gefahr als akuter empfunden als eine Bedrohung durch Deutschland, so hatte sich angesichts der Erfahrung beider Weltkriege und der Zwischenkriegszeit doch der Gedanke noch keineswegs durchgesetzt, Deutschland als permanent befriedet anzusehen. Das Dilemma, zugleich Sicherheit vor wie Sicherheit mit Deutschland finden zu müssen, war freilich allen westeuropäischen Staaten gemeinsam.

Wie hart wirtschaftliche und Sicherheitsinteressen aufeinanderprallten und auch im Haag die Gemüter bewegten, zeigte die Diskussion über die Deutschland-Note des Jahres 1949, deren erster Entwurf im April 1949 vom Regierungskommissar für Deutschland Dr. H.M. Hirschfeld vorgelegt wurde. Das Regierungskommissariat für Deutschland hatte von 1947 bis 1950 die Aufgabe, die Deutschlandpolitik der niederländischen Regierung als interministerielle Instanz vorzubereiten; ab 1950 wurde dies Sache der Deutschlandabteilung, die im gleichen Jahr im Rahmen einer Reorganisation des Außenministeriums neu errichtet worden war. Der genannte Entwurf stammte von Max Kohnstamm, dem Stellvertreter Hirschfelds als Regierungskommissar für Deutschland, der sich in diesen Jahren zu einem der wichtigsten Deutschlandexperten in der niederländischen Bürokratie entwickelte; von 1950 bis 1952 leitete er die Deutschlandabteilung des Außenministeriums. Zur Zeit der Verabschiedung des Grundgesetzes und der Vorbereitungen für die ersten Bundestagswahlen kam es zwischen dem Regierungskommissariat für Deutschland und dem niederländischen Außenministerium, und teilweise auch im Kabinett selbst, zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten darüber, auf welche Weise Westdeutschland in das westliche Lager zu integrieren sei, vor allem aber darüber, ob der Sicherheit vor Deutschland oder der Sicherheit mit Deutschland die Priorität zuzuerkennen sei.

Kohnstamm hatte eine weitausgreifende Perspektive entfaltet⁵. Seit dem letzten niederländischen Deutschland-Memorandum aus dem Jahre 1947 hatte der Ost-West-Konflikt eine völlig neue Dimension gewonnen. Nach seiner Meinung galt es, den neuen Realitäten des Ost-West-Verhältnisses gerecht zu werden und gleichzeitig das westdeutsche Potential zur Gänze in den Westen zu integrieren. Nur so würde ein kräftiges und einhelliges Westeuropa, des amerikanischen Schutzes gewiß, der Bedrohung durch die UdSSR widerstehen können. In der kräftigen Wiederbelebung der westdeutschen Wirtschaft sah er ein Element der Stärkung Westeuropas – vorausgesetzt natürlich, diese Wiederbelebung ginge mit einer wirtschaftlichen Integration in die Staatengemeinschaft Westeuropas Hand in Hand. In politischer Hinsicht befürwortete Kohnstamm die Übertragung weitgehender Rechte auf die deutschen Instanzen sowie die Einschränkung der Besatzungsbefugnisse auf bloße Kontrollrechte. In diesem Zusammenhang hielt er es beispielsweise nicht für sinnvoll, allzu korrigierend in die Bonner Verfassungsberatungen einzugreifen, und zwar selbst dort nicht, wo die deutschen Vorstellungen auf einen Grad der Stärkung der Bundesgewalt hinausliefen, der auch ihm nicht mehr als wünschenswert erschien. Für Kohnstamm rangierte die Gewährleistung militärischer Sicherheit vor der UdSSR so hoch, daß er bereit war, nicht nur das Gebiet Westdeutschlands in die Verteidigungsplanung einzubeziehen, sondern auch dessen industrielle Kapazität in diesen Dienst zu stellen. Für ein späteres Stadium dachte er auch schon an den Aufbau eines militärischen Apparates mit Land-, Luft- und Seestreitkräften, der Teil einer westlichen Verteidigungsorganisation werden könnte. Außerdem plädierte er für eine entschiedene geistig-kulturelle Öffnung Deutschlands zum Westen hin. Auffallend wenig Aufmerksamkeit schenkte Kohnstamm den möglichen Folgen einer permanenten deutschen Teilung. Er sprach zwar von der starken Anziehungskraft, die beide Teile aufeinander ausüben würden, beschränkte sich ansonsten aber auf die Bemerkung, wichtig sei, daß Westdeutschland über die stärkere Anziehungskraft verfüge. Offensichtlich maß er dem Problem der deutschen Einigung keine handlungsbestimmende Bedeutung für die nähere Zukunft bei. Hervorgehoben sei schließlich noch, daß er das deutsche Potential unter den veränderten militärstrategischen Bedingungen für sich genommen nicht mehr für bedrohlich hielt; sollte es indessen in die Hände der Sowjetunion fallen, so wäre die Gefahr aus dem Osten wohl kaum zu bannen.

Nur vier Jahre nach Kriegsende waren dies Ansichten, die in manchem Punkt heftigen Widerspruch erregten. Es war Außenminister Stikker selbst, der in der Kabinettsitzung vom 13.6. 1949, in der die Ansichten erheblich auseinandergingen, klar zu verstehen gab, daß die Sicherheitsfrage für ihn den Vorrang habe und

⁵ Die „Nota betreffende de geallieerde en de Nederlandse politiek ten aanzien van West-Duitsland“ vom April 1949 findet sich u. a. im Archief Buitenlandse Zaken (zit.: ABZ), Departement, Geheime Stukken, 912.230, Duitsland, Nederlandse verlangens inzake geallieerde politiek in Duitsland, Nota Hirschfeld, deel 1, map 563.

Deutschland nach seiner Auffassung durchaus für Überraschungen gut sei⁶. Es stelle auf jeden Fall noch immer einen eigenständigen Gefahrenfaktor dar⁷. In der Überarbeitung des politischen Teils des Deutschland-Memorandums durch die Direktion für politische Angelegenheiten des Außenministeriums – die Meinungsunterschiede zum Regierungskommissariat traten dabei deutlich zutage – hieß es dann auch ausdrücklich, das Bewußtsein, daß ein wiedererstandenes Deutschland eine ständige reale Bedrohung für die kleinen Nachbarländer darstelle, müsse Ausgangs- und Schlußpunkt der niederländischen Politik gegenüber Deutschland sein. In erster Linie müsse es deswegen um Sicherheit vor Deutschland gehen, erst in zweiter Linie um dessen Einbeziehung in eine Sicherheitsfront gegen die UdSSR⁸. Deutschland wirtschaftlich zu stärken, so war dort weiter ausgeführt, mochte für die Wirtschaftsentwicklung der Niederlande durchaus von großer Bedeutung sein, doch seien wirtschaftliche Überlegungen stets der Sicherheitsfrage unterzuordnen; so gelte es Deutschland gegenüber möglichst große wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren und den Blick eher auf den Beneluxraum, auf England, ja selbst auf die Satelliten der Sowjetunion in Osteuropa zu richten⁹. Besonders dieser Gedanke zeigt, wie wenig bestimmend hier noch die Perspektive einer Teilung Europas war. Hauptgegner war noch immer der Gegner von gestern, der „allergefährlichste Nachbar“, wie ihn der Leiter der niederländischen Militärmission in Berlin und spätere erste Botschafter in Bonn, Vize-Admiral J. M. de Booy, nannte. Kein Wunder, daß der Vize-Admiral zu den besonders vehementen Kritikern von Kohnstamms Ausführungen zählte¹⁰. Bemerkenswert ist indessen, daß man aber auch im Lager derer, die nach wie vor in erster Linie auf die deutsche Gefahr fixiert waren, ebenfalls kein anderes Ziel als die Integration Deutschlands vor Augen hatte. Ein neues selbständiges und kräftiges Deutschland, das zu Alleingängen in der Lage sein könnte, galt es auch nach deren Ansicht unbedingt zu vermeiden. So sprach man hier ebenfalls von der „Einkapselung“, von der „Assimilation“, von der „Einschaltung“ Deutschlands¹¹. Daß dies nur auf die Bundesrepublik zielte, wurde gewöhnlich nicht besonders hervorgehoben, war jedoch eindeutig. Schon hier bürgerte sich offensichtlich jener

⁶ Algemeen Rijksarchief (zit.: ARA), Protokolle des Ministerrats, Sitzung vom 13. 6. 1949.

⁷ Vgl. auch ABZ, Aufzeichnung von Mr. Tammenoms Bakker für Generalsekretär Boon vom 23. 6. 1949 (wie Anm. 5), deel 2, map 564.

⁸ ABZ, „Nieuwe redactie van de politieke gedeelten van de nota Hirschfeld“, Juni 1949, S. 15, 17, in: Ebenda.

⁹ Ebenda, S. 16 f.

¹⁰ Am 9. 5. 1949 kommentierte De Booy in einem Schreiben an den Außenminister die Note als „unvollständig und darum gefährlich“. Seine Auffassung einer angemessenen niederländischen Deutschlandpolitik lautete, daß die Niederlande „sich so stark wie möglich machen“ müßten „gegenüber diesem noch vor kurzem feindlichen Land, einem Land, das in der Geschichte bewiesen hat, ein allergefährlichster Nachbar zu sein, und in dem nur zu wenig sichtbar wird, daß das Volk seine Mentalität wirklich verändert hat“. In: ABZ, Ambassade Archief Bonn (zit. AAB), Geheime Stukken, 912.230, Nota Dr. Hirschfeld 1949 Dl. I. Vgl. auch De Booy's Brief vom 4. 6. 1949, in: Ebenda, Dl. II.

¹¹ Z. B. in der Neufassung vom Juni 1949, S. 18 (wie Anm. 8).

Sprachgebrauch ein, der – wenn von Deutschland die Rede war – nur den Westen Deutschlands meinte.

Abgesehen von der Einschätzung, daß vorläufig mit der Teilung Deutschlands gerechnet werden müsse, finden sich auch bei den Kritikern Kohnstamms nur wenige konkrete Überlegungen zur deutschen Frage. Die Künstlichkeit der deutschen Teilung wurde ausdrücklich erwähnt. Wichtiger erschien indessen eine mögliche Instrumentalisierung der Teilung durch eine Sowjetunion, die sich als Verfechterin eines ungeteilten Deutschlands geriere und die es zudem in der Hand habe, mit erheblichen territorialen Konzessionen an der deutschen Ostgrenze zu locken¹². Angesichts der immer wieder erwähnten deutschen Neigung, sich nach Osten zu orientieren, durfte Deutschland keinesfalls die Chance zu einem neuerlichen Rapallo eröffnet werden. Gerade dann, wenn Deutschland als potentieller Gefahrenherd angesehen wurde, gab es kaum eine Alternative zu dessen Integration. Stärker als Kohnstamm dies getan hatte, unterstrichen seine Kritiker die Notwendigkeit, die Einschaltung Westdeutschlands, bei vorheriger oder zumindest gleichzeitiger Ausweitung der Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten, nur etappenweise voranzutreiben. Fortsetzung der Besetzung, Beschränkung der Kriegsindustrie, das – jedenfalls vorläufige – Verbot der Remilitarisierung und der Ausbau der bundesstaatlichen Ordnung waren dabei ausdrücklich befürwortete Schritte, um Deutschland keine Gelegenheit zu Experimenten zu geben¹³. Das implizierte natürlich die Aufrechterhaltung der Teilung, doch wurde das gar nicht eigens betont, galt dies – wie wir annehmen müssen – doch offensichtlich als selbstverständlich.

Die Ausrichtung der beiden ansonsten unterschiedlichen Ansätze auf das Integrationskonzept ermöglichte es – bei aller Divergenz der Einschätzung der „deutschen Gefahr“ –, in der Praxis denselben Kurs zu steuern. Auf der Konferenz der Staaten der Westunion in Luxemburg im Juni 1949 legte die niederländische Regierung ihren Partnerländern Belgien, Frankreich, Großbritannien und Luxemburg denn auch ein Memorandum zur Behandlung Deutschlands vor, das auf genau diesen Kurs der Integration eingestimmt war. Es plädierte dafür, die unbedingt für notwendig erachtete Stärkung Westeuropas durch die Einbeziehung Deutschlands beziehungsweise zumindest – wie es explizit hieß – Westdeutschlands zu gewährleisten. Ausgangspunkt der Überlegungen war die Feststellung, mittlerweile sei sichtbar geworden, „that the division of Germany will probably be prolonged for an indefinite period“. Auffälligerweise fehlte auch hier noch jede verbale Unterstützung des westdeutschen Einheitsverlangens. Um Westdeutschland mögliche Sonderwege in Richtung Osten zu versperren – die historischen Tendenzen einer östlichen Orientierung Deutschlands und die tödliche Gefahr einer Verbindung zwischen Deutschland und Rußland wurden auch hier wieder angeführt –, war seine Selbständigkeit strikt zu begrenzen: Erneut wurde auf die Notwendigkeit der Fortsetzung der militärischen Besetzung, des Verbots der Wiederbewaffnung wie der Produktion von

¹² Ebenda, S. 12 f.

¹³ Ebenda, S. 18, 21 f.

Kriegsmaterial hingewiesen¹⁴. So stand auch dieses Memorandum ganz im Zeichen des Bemühens, zugleich Sicherheit vor und zusammen mit Deutschland zu gewinnen. Der Sicherheitsaspekt in dieser doppelten Ausprägung blieb für die niederländischen Aktivitäten zur Integration Westdeutschlands in den folgenden Jahren bestimmend. Nachdem 1950 eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands akzeptiert worden war¹⁵, zeigte sich dies in besonderem Maße auch in den Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft¹⁶. Es würde zu weit führen, hier im einzelnen darauf einzugehen. Vielmehr sei nun die Ausformulierung der niederländischen Haltung zur deutschen Frage im Laufe des Jahres 1951 näher betrachtet.

2.

Das Jahr 1950 hatte mit dem Schuman-Plan und dem Plevan-Plan nicht nur höchst bedeutende Vorschläge zur wirtschaftlichen und, nach dem Ausbruch des Koreakrieges, auch militärischen Westintegration der Bundesrepublik gebracht¹⁷, gleichzeitig intensiviert sich auch das Ringen beider deutscher Staaten um ihre nationale Glaubwürdigkeit. Der vehementen ostdeutschen Einheitspropaganda setzten Bundesregierung und Bundestag die Forderung nach der Wiedervereinigung auf der Grundlage freier Wahlen entgegen¹⁸. Die Aufforderung des DDR-Ministerpräsidenten Grotewohl zur Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vom November 1950 wurde von Adenauer unmißverständlich zurückgewiesen. Ebenso wie in den Angeboten der Sowjetunion vom November 1950 zu Viermächteverhandlungen über Deutschland sah die Bundesregierung hierin nur propagandistische Störmanöver des Ostens, denen keine wirkliche Bedeutung zukomme.

¹⁴ ABZ, „Memorandum of the Netherlands Government“, 16. 6. 1949 (wie Anm. 7).

¹⁵ Interessanterweise war es Außenminister Stikker selbst, der auf der NATO-Ratssitzung vom 15. September 1950 die Einbeziehung Deutschlands in die westliche Verteidigung vorschlug. Daß dies auf eine Anregung Achesons hin geschah, erwähnte Stikker in seinen Memoiren indessen nicht (Dirk U. Stikker, *Memoires. Herinneringen uit de lange jaren waarin ik betrokken was bij de voortdurende wereldcrisis*, Rotterdam 1966, S. 250 f.); genannt wird dies hingegen bei Albert E. Kersten, „Niederländische Regierung, Bewaffnung Westdeutschlands und EVG“, in: Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler, *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard 1985, S. 194.

¹⁶ Ausführlich über diese Verhandlungen A. E. Kersten (wie Anm. 15), S. 191–219. In aller Klarheit schreibt Kersten über die niederländische Entscheidung, die Aufrüstung der Bundesrepublik zu akzeptieren: „Die Option erfolgte nicht aufgrund eines Nachlassens der Furcht vor Deutschland als einem gefährlichen Nachbarn, sondern weil der Kommunismus als noch größere Bedrohung angesehen wurde.“ (S. 217).

¹⁷ Vgl. Wilfried Loth, „Der Koreakrieg und die Staatswerdung der Bundesrepublik“, in: Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage*, S. 335–361.

¹⁸ Vgl. Hans Buchheim, *Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß*, Stuttgart 1984, S. 14; die entsprechenden Texte u. a. abgedruckt in: Heinrich von Siegler, *Dokumentation zur Deutschlandfrage*, Bd. 1, Bonn ²1970, S. 104 ff.

Die offiziellen niederländischen Beobachter waren sich keineswegs so sicher. Zwar hatte sich mittlerweile ein gewisses Vertrauen zu Adenauer zu bilden begonnen – Anfang September 1950 hatte de Booy dem Bundeskanzler noch neutralistische Neigungen unterstellt¹⁹ –, doch wurde die westdeutsche Bevölkerung nach wie vor mit äußerstem Mißtrauen beobachtet. Ihr Anfälligkeit für russische Sirenenklänge zuzuschreiben, lag gerade dann nahe, wenn man, wie es die Niederländer taten, von einem starken latenten Nationalismus der Deutschen ausging. Ungewiß war die Haltung der Sowjetunion. Denn falls sich die UdSSR tatsächlich zu einem weitreichenden Angebot verstehen sollte, um damit die westdeutsche Wiederbewaffnung zu verhindern – charakteristischerweise wurde zum damaligen Zeitpunkt ein derartiger Schritt als „ein sehr unerwartetes russisches Manöver“ bezeichnet, das indessen nicht völlig ausgeschlossen werden könne –, dann würde sich die westliche Welt allerdings in „eine äußerst unangenehme Position“ gebracht sehen²⁰. Derartige Besorgnisse wurden Anfang 1951 nicht nur intern reflektiert, sondern westdeutschen diplomatischen Vertretern gegenüber auch offen zum Ausdruck gebracht²¹. Daß der Westen „Westdeutschland aus dem Griff verlieren und dadurch zur Revision so gut wie aller seiner Pläne gezwungen werden“ könnte²², mußte in der Tat als eine höchst beunruhigende Perspektive erscheinen. Auch ein am 9. 2. 1951 erstelltes internes Memorandum, das die Schattenseiten benannte, die eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands für die Sowjetunion haben würden, vermochte wohl nur wenig zur Beruhigung beizutragen, schien doch der potentielle Gewinn für die UdSSR, nämlich Deutschland aus der westlichen Kooperation herausgelöst zu haben, nicht dadurch aufgehoben, daß ein wiedervereinigtes Deutschland durch Druck der „befreiten“ Gebiete vielleicht in Richtung Westen tendieren würde, daß ferner die Satellitenstaaten ein Zurückweichen der sowjetischen Militärmacht nicht gerne sehen würden, und daß schließlich die UdSSR selbst ein unabhängiges Deutschland zu fürchten haben könnte, das „so leicht wieder nationalistischen Wahnideen zum Opfer fallen“ könne²³. De Booy's deutlicher Hinweis in einem Bericht vom 20. 2. 1951, nach dem in breiten Schichten der westdeutschen Bevölkerung der Gedanke an die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands immer präsent gewesen sei²⁴, unterstrich noch einmal die Gefahr, die von

¹⁹ ABZ, Brief De Booy's an das Außenministerium v. 6. 9. 1950, AAB, Geheime Stukken, 921.1, Duitsland-West, Herbewapening, 1950.

²⁰ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung v. 20. 1. 1951, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, Dl. I, 1950–1954.

²¹ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung v. 7. 2. 1951, Departement Geheime Stukken, 912.2 Duitsland Oost – Duitsland West, Verhouding, Dl. I, 1951–1953. Vgl. auch die Telegramme des deutschen Generalkonsuls Du Mont vom 6. 2. und 10. 2. 1951 an die Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten des Bundeskanzleramts, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Neues Amt, Abt. 2, 210–01/53, Bd. 1.

²² Wie Anm. 20.

²³ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung vom 9. 2. 1951 (wie Anm. 21).

²⁴ ABZ, Brief De Booy's an das Außenministerium v. 20. 2. 1951, AAB, Geheime Stukken, 912.231 Duits Problem Algemeen.

einem sowjetischen Schachzug ausgehen konnte. Noch gab es für den niederländischen Beobachter in jenem „nicht mehr westeuropäischen, in sich selbst zerrissenen Konglomerat teutonischer und anderer Instinkte“ nur wenige „ermunternde Farben“, blieb das Bild „verwirrt und verwirrend, ängstlich und beängstigend“, wie es in einem anderen Botschaftsbericht vom 11. 4. 1951 hieß²⁵.

Einstweilen verhielt sich der Westen in der deutschen Frage aber wenig aktiv, sondern konzentrierte sich auf die Integrationsverhandlungen; wegen der innerwestlichen Spannungen verliefen sie, vor allem auf dem militärischen Sektor, mühsam genug. Auch die Niederlande fanden sich nach Monaten der Zurückhaltung erst im Oktober 1951, als auch die USA auf den französischen Kurs eingeschwenkt waren²⁶, zu einer vollberechtigten Beteiligung an der Pariser Konferenz über die EVG bereit. Im Monat zuvor hatte die DDR ihre Propagandakampagne unter dem Motto „Deutsche an einen Tisch“ erneuert und ihre Gesprächsbereitschaft über die Abhaltung freier Wahlen signalisiert. Eine neutrale Kontrolle dieser Wahlen lehnte Ostberlin allerdings ab. Genau hierauf richtete sich aber Adenauers Vorstoß, eine UNO-Kommission möge prüfen, ob die Voraussetzungen für freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands gegeben seien. Im Haag war zu dieser Zeit wiederum mit großer Sorge registriert worden, daß die Sowjetunion den Westen womöglich zu Verhandlungen zwingen könnte, auf die dieser wahrscheinlich nicht genügend vorbereitet sei²⁷. Um so lebhaftere Begrüßung fand dann der Vorschlag zur Errichtung einer UNO-Kommission, deren Auftrag man möglichst noch erweitert wissen wollte: Sie sollte nicht nur feststellen, ob die Voraussetzungen für freie Wahlen gegeben seien, sondern auch darüber berichten, wie in Deutschland freie Wahlen abgehalten werden könnten. Was war der Hintergrund dieses allerdings gescheiterten Vorschlags? Ein besonders ausführliches, für die niederländische UNO-Delegation bestimmtes Memorandum zur deutschen Wiedervereinigung vom 13. 12. 1951 und ein schlankeres, aber immer noch 16 Seiten umfassendes „Vertrauliches Resümee über die Wiedervereinigung Deutschlands“ vom 19. 12. 1951 erlauben einen guten Einblick in die Überlegungen, die damals im niederländischen Außenministerium zur deutschen Frage vorherrschten²⁸.

Grundlage aller Überlegungen war das Konzept einer Politik der Stärke, wobei charakteristischerweise der englische Terminus Verwendung fand. Aus einer solchen

²⁵ ABZ, Brief H. A. Helbs an das Außenministerium v. 11. 4. 1951, ebd.

²⁶ Vgl. Kersten (wie Anm. 15), S. 207.

²⁷ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung vom 7. 11. 1951, Departement, Geheime Stukken, 912.2 Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, Dl. 1, 1950–1954.

²⁸ Bei dem hier zu behandelnden Text für die niederländische UNO-Delegation handelt es sich um den zweiten Teil der Note „De Hereniging van Duitsland“, betitelt „B. Duitsland tussen Oost en West“ (die vorliegende Fassung wurde am 13. 12. 1951 der niederländischen Botschaft in Bonn als vertrauliches Stück zugesandt), in: ABZ, AAB, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Hereniging van Duitsland, 1951/52; das „Vertrouwelijk Résumé no. 46“ („De Hereniging van Duitsland“) ging als geheimer Text an eine Reihe niederländischer Botschaften (die vorliegende Fassung findet sich in: ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, Dl. 1, 1950–1954).

„situation of strength“ heraus galt es, die Sowjetunion zu Zugeständnissen zu bewegen. Erst eine genaue Abgrenzung der jeweiligen Einflußzonen könne zu einer Verminderung der Spannungen führen. Der Status quo wurde jedoch nicht als Basis für eine solche Abgrenzung angesehen. Solange die Rote Armee an der Elbe und in Wien stehe, Belgrad und Athen bedrohe, könne es keine Entspannung in Europa und der Welt geben. Mindestens sei daher zu verlangen, daß die sowjetische Propagandakampagne gegen Griechenland und Jugoslawien beendet, Österreich der Staatsvertrag zugestanden und das (noch als „Russische Zone in Deutschland“ bezeichnete) Gebiet der DDR geräumt würde²⁹.

Welche Vorstellungen von einer möglichen Wiedervereinigung entsprachen nun auf niederländischer Seite der letzten dieser drei Forderungen? Da man hinsichtlich der sowjetischen Absichten im dunkeln tappte, einerseits davon sprach, die östlichen Angebote seien „als Fallstrick zu demaskieren“, man die Offerten andererseits „als Mittel zur Entspannung“ akzeptieren wollte, falls sich ein Weg in diese Richtung eröffnen sollte, standen die niederländischen Überlegungen vor allem im Zeichen eines Kampfes um die deutsche (d. h.: westdeutsche) öffentliche Meinung. Im Hinblick auf die werbende Wirkung der östlichen Vorschläge wurde der „Gegenangriff“ empfohlen³⁰. Für wie wichtig das Außenministerium eine glaubwürdige Politik des Westens hielt, unterstrich es in seiner Deutschland-Note für die niederländische UNO-Delegation mit den folgenden Worten: „Es würde katastrophal sein, sollte sich in Deutschland die Meinung durchsetzen, daß der Westen kein politisches Konzept in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands hat und diese Wiedervereinigung im Grunde genommen eigentlich gar nicht wünscht.“³¹

Um so bedeutsamer war es, klar zu bestimmen, in welcher Form eine Wiedervereinigung Deutschlands wünschenswert oder zumindest akzeptabel und in welcher Form sie unannehmbar war. Die Überlegungen dazu waren ausführlich dargelegt, doch müssen wir uns hier auf einige kurze Hinweise beschränken. Das Memorandum unterschied vier mögliche Modelle für ein wiedervereinigtes Deutschland:

1. Ein Deutschland mit außenpolitischer Handlungsfreiheit;
2. Eine Wiederherstellung des Potsdam-Regimes der Viermächtekontrolle, ergänzt durch eine gesamtdeutsche Regierung;
3. Ein zur Neutralität verpflichtetes Deutschland;
4. Ein Deutschland mit außenpolitischer Handlungsfreiheit, aber nur beschränkter Bewaffnung.

Auf entschiedene Ablehnung, da „für den Westen unannehmbar“³², traf jeglicher

²⁹ „Vertrouwelijk Résumé No. 46“ (wie Anm. 28), S. 4 f.

³⁰ Ebenda, S. 5 f.

³¹ „De Hereniging van Duitsland“, deel B, S. 19 (wie Anm. 28).

³² Angesichts ihres Gewichts sei die entsprechende Passage als Ganzes zitiert: „Es gibt keinen einzigen Grund anzunehmen, daß Rußland die Neutralität Deutschlands wirklich respektieren würde. Im Gegenteil. Die gemachten Erfahrungen und unsere Kenntnis der Denkwelt der russischen Herrscheroligarchie lehren uns, daß die Sowjetunion eine solche Neutralität auf jede Weise nutzen würde, um Deutschland ganz in die sowjetische Machtsphäre zu bringen zu versuchen. Selbst wenn

Gedanke einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Dahinter stand nicht nur die auch hier wieder unterstrichene Sorge, die Sowjetunion könnte ein neutrales Deutschland in ihren Machtbereich ziehen, auch Deutschland selbst erschien noch immer als viel zu bedrohlich. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Potenz müsse ihm, so glaubte man, die wirtschaftliche „Schlüsselstellung“ in Europa zufallen. Ein unbewaffnetes, neutrales Deutschland würde darüber hinaus ein Machtvakuum im Herzen Europas schaffen, von dem eine zusätzliche destabilisierende Wirkung ausgehen würde. Eine Bewaffnung des neutralen Deutschlands dagegen würde „dem unstabilen, politisch unreifen, aber potentiell mächtigen Deutschland in Europa sicher auf die Dauer eine nahezu entscheidende Stimme geben“³³. Ebenso deutlich verworfen wurde die Option der Wiederherstellung der Viermächtekontrolle, weil das praktisch auf die Neutralisierung Westdeutschlands und damit auf eine empfindliche Schwächung der westlichen Verteidigungskraft hinauslaufen würde.

Was demnach als einzige für den Westen akzeptable Vorstellung blieb, war ein Gesamtdeutschland mit außenpolitischer Handlungsfreiheit, frei z. B. auch, sich als Ganzes mit dem Westen zu verbünden und sogar Mitglied der NATO zu werden. Da die Sowjetunion eine solche Stärkung des Westens wohl kaum würde akzeptieren können, wurde als einzig denkbare westliche Konzession die Verpflichtung zur Begrenzung und Kontrolle der deutschen Wiederbewaffnung erwogen. Diese vierte Option mochte, bei großem Optimismus, als eine für die Sowjetunion vielleicht gerade noch tragbare Lösung erscheinen; sie war es indessen nicht. Ob Modell Nr. 4 für die westlichen Partner, insbesondere für Frankreich, akzeptabel gewesen wäre, wurde nicht geprüft. Schon daran wird die in erster Linie propagandistische Ausrichtung der niederländischen Überlegungen deutlich.

Es dürfte klar geworden sein, daß die geschilderten Aktivitäten gerade nicht der ernsthaften Erkundung eines Weges zur deutschen Wiedervereinigung dienten – zumal man diese angesichts der Perspektive einer möglichen Regierungsübernahme durch die SPD nach der Bundestagswahl 1953 nicht ohne Bedenken betrachtete³⁴ –, sondern auf die deutsche öffentliche Meinung zielten. Ihr gegenüber galt es, das eigene Maximalkonzept zu vertreten und alles zu tun, was dem Eindruck förderlich war, der Westen nutze alle Möglichkeiten, um die Durchführung freier Wahlen in Deutschland zu gewährleisten. Um den starken neutralistischen Tendenzen in der deutschen Öffentlichkeit entgegenzutreten, wurde darüber hinaus betont, wie wichtig wirkliche Erfolge auf dem Weg zur europäischen Einigung seien. Der eindeutige Vorrang der westlichen Integrationsbemühungen trat hier klar zutage. Diese durften dann auch um keinen Preis verzögert werden, sondern sollten nach niederländischer Auffassung in den anstehenden Verhandlungen selbst dort, wo es um schwierige

dies nicht gelingen würde, wäre Deutschlands Neutralität noch für den Westen unannehmbar, weil sie das ausschlaggebende Wort über das Machtgleichgewicht in Europa an einen unstabilen und politisch unreifen, aber potentiell mächtigen Staat geben würde.“ (Ebenda, S. 9).

³³ So lautete die entsprechende Stelle im „Vertrouwelijk Résumé No. 46“, S. 9 (wie Anm. 28).

³⁴ Vgl. ebenda, S. 7.

technische Einzelheiten ging, von einem Geist der Großzügigkeit gegenüber der Bundesrepublik getragen sein.

Adenauer durfte dort, wo er mit guten Gründen der Nationalstaatsvision eines mächtigen neutralen und wiedervereinigten Deutschlands die europäische Vision entgegenhielt, nicht im Stich gelassen werden.

Im Dezember 1951 wurde die UNO-Kommission berufen, die die Voraussetzungen für freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands prüfen sollte. Dieser Schritt wurde von der niederländischen Regierung nicht nur lebhaft befürwortet, mit ihrem Deutschlandexperten Max Kohnstamm stellte sie auch das wichtigste Mitglied des Gremiums. Neben ihm waren in der Kommission noch ein Brasilianer, ein Isländer und ein Pakistani vertreten; Polen hatte, wie angesichts der negativen sowjetischen Haltung zu erwarten, eine Beteiligung abgelehnt. Kohnstamm verhehlte nicht, daß das Manöver, der östlichen Seite in der Frage der freien Wahlen den schwarzen Peter zuschieben zu wollen³⁵, durchaus seine bedenklichen Seiten hatte. Zwar sei es höchst unwahrscheinlich, daß der Kommission der Zugang nach Ost-Berlin und in die sowjetische Zone gewährt würde, so schrieb er im Januar 1952, würde eine Einreise aber wider Erwarten doch genehmigt, dann müsse möglicherweise mit einer monatelangen Verzögerung der westlichen Integrationsverhandlungen gerechnet werden. Nach Kohnstamms Auffassung würde Adenauer, solange die Kommission tätig sei, im Bundestag keine Mehrheit für eine definitive Entscheidung zugunsten eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags finden³⁶. Doch nutzte die Sowjetunion

³⁵ Im Rückblick charakterisierte Kohnstamm den eigentlichen Zweck der Kommission mit der Bemerkung, daß es „freundlich gesagt“, das „Hauptziel“ gewesen sei, „deutlich zu machen, wie die Situation wirklich aussah“ (Interview mit Dr. M. Kohnstamm, 24. 9. 1985).

³⁶ ABZ, Memo M. Kohnstamms an den Generalsekretär v. 30. 1. 1952, Departement, 999.214.9, VN Unificatie van Duitsland, Verkiezingen 1951–1953. In seinem Bericht über die erste Sitzung der UNO-Kommission vom 15. 2. 1952 unterstrich Kohnstamm noch einmal ausdrücklich: „Niemand kann mit Sicherheit vorhersagen, wie die Russen schließlich auf den Brief reagieren werden, den die Kommission zu versenden gedenkt. Ein russischer Beschluß, die Kommission in Ostdeutschland zuzulassen, würde unzweifelhaft die Entscheidung über einen deutschen Beitrag zur Verteidigung des Westens um Monate verzögern. Es ist vielleicht nicht undienlich, die hiesigen Vertreter Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten (die die UNO-Resolution vorgeschlagen haben) bei Gelegenheit noch einmal darauf hinzuweisen, daß man *uns* keinen Vorwurf machen muß, wenn die Installierung der UNO-Kommission schließlich unerwarteterweise zu diesem Resultat führen sollte.“ Im übrigen berichtete Kohnstamm in diesem Bericht, daß keines der anderen Mitglieder der Kommission auch nur über einiges Wissen über deutsche Angelegenheiten verfügte; ein russischer Beschluß zur Zulassung der Kommission werde daher ebenfalls wegen „der schwachen Besetzung der Kommission ein schwieriges Problem ergeben“. „Verlag eerste Vergadering der Verenigde Naties Commissie ter voorbereiding van Verkiezingen in geheel Duitsland“, 15. 2. 1952, AAB, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Hereniging van Duitsland, 1951/52. – Interessanterweise berichtete Kohnstamm am 26. 2. 1952 nach der zweiten Sitzung der UNO-Kommission (die diesmal in Genf stattfand, während die erste in Paris durchgeführt worden war), daß der Ständige Vertreter der USA in Genf ihn einige Minuten (!) vor der Versendung der Briefe an die Hochkommissare und die russischen Besatzungsbehörden mit der Mitteilung aufgesucht habe, das State Department fürchte, die Sowjetunion könnte die Einladung zu einer Besprechung mit der Kommission unter den gestellten Bedingungen annehmen und damit die deutsche Wiederbewaff-

diese Chance zur Verzögerung der westdeutschen Wiederbewaffnung nicht, der Zugang zum östlichen Deutschland blieb der Kommission versagt. Während sie in Bonn und West-Berlin mit viel Aufwand und Publizität empfangen wurde, überhäufte die DDR-Presse das UNO-Gremium mit Invektiven³⁷. Im Ergebnis war die bloße Tatsache der Etablierung einer Kommission der Vereinten Nationen gewiß von größerer propagandistischer Wirkung als der schließlich vorgelegte Schlußbericht. Der Notenwechsel des Jahres 1952 zog viel Aufmerksamkeit von der UNO-Kommission ab, zumal die westlichen Alliierten sich inzwischen bereit zeigten, auch über andere Formen internationaler Kontrolle zu sprechen.

Halten wir noch einmal fest, wo die Niederlande in den Monaten unmittelbar vor dem Notenwechsel des Jahres 1952 hinsichtlich der deutschen Frage standen. Vier Punkte sind hervorzuheben, nämlich erstens, der Primat der westlichen Integrationsbemühungen, zweitens, die hohe Sensibilität gegenüber der deutschen öffentlichen Meinung, drittens, die entschiedene Ablehnung aller Vorstellungen einer Neutralisierung Deutschlands und, viertens, die Sorge vor einem möglichen neuen Rapallo. Auf der Grundlage der Orientierung an diesen vier Punkten sollten ab März 1952 Stalins Angebote gewogen und für zu leicht befunden werden.

3.

Die Stalin-Noten des Jahres 1952 haben erheblichen politischen, publizistischen und mittlerweile auch wissenschaftlichen Staub aufgewirbelt³⁸. Mochte es Anfang der achtziger Jahre nach den Aufsätzen von Hermann Graml und der im März 1981 in Rhöndorf durchgeführten Tagung zu diesem Thema³⁹ so scheinen, als sei die These von der „verpaßten Gelegenheit“ in der wissenschaftlichen Diskussion vom Tisch, so hat Rolf Steininger mit Quellenveröffentlichungen vor allem aus britischen und

nung in Gefahr bringen. Darauf habe er dem Amerikaner mitgeteilt, „daß das State Department diese Risiken früher ins Auge hätte fassen müssen und daß es unmöglich sei, den festgestellten politischen Kurs der Kommission jetzt noch zu ändern“ (ebenda). Hier wurden die Probleme, die sich aus der rein instrumentellen Zielbestimmung der UNO-Kommission ergaben, nur allzu deutlich sichtbar.

³⁷ Interessantes Material hierüber enthalten die Berichte des bei der Niederländischen Militärmission in Berlin stationierten Botschaftsattachés K. W. Reinink v. 3. 3. und 24. 3. 1952, ABZ, AAB, 912.2, Hereniging, Oost en West Duitsland, deel II, 1952–1954.

³⁸ Für die mittlerweile umfangreiche Literatur sei auf die Angaben bei Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung?*, verwiesen. Vgl. jetzt indessen auch: Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 906 ff.

³⁹ Hermann Graml, „Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat. Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland“, in: VfZ 25 (1977), S. 821–864; ders., „Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952“, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341; Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Stuttgart 1982 (Rhöndorfer Gespräche Bd. 5).

amerikanischen Archiven die Diskussion 1985 erneut eröffnet. Es ist von besonderem Reiz, hierzu auf der Grundlage niederländischer Quellen – sie werden hiermit erstmals in die Debatte eingebracht – Stellung zu nehmen. Zwar waren die Niederlande kein direkter Ansprechpartner, doch da die Beobachter und Entscheidungsträger in den verschiedenen niederländischen Botschaften und im Außenministerium die Entwicklung sorgfältig verfolgten, verspricht eine derartige Untersuchung Einblicke, die weit über die niederländische Deutschlandpolitik hinausweisen. Zusätzliches Interesse gewinnt die Analyse des niederländischen Materials dadurch, weil Den Haag sich nicht als bloßer Beobachtungsposten verstand, der die Entwicklungen im benachbarten und damals noch mit viel Sorge betrachteten Deutschland intensiv registrierte, sondern weil die Niederlande – in begrenztem Rahmen – durchaus auch eigene Schritte unternahmen.

Drei Thesen Steiningers sollen in den folgenden Ausführungen vor allem in das Licht der Haager Quellen getaucht werden: Die Westmächte seien davon überzeugt gewesen, es handle sich bei Stalins Offerte um ein ernsthaftes Angebot, bei den Westmächten habe Bereitschaft zum Gespräch bestanden, Adenauer sei es gewesen, der mit seiner Politik das Tor zur Einheit endgültig zugeschlagen habe⁴⁰. Darüber hinaus wird im Kontext der niederländischen Deutschlandpolitik zu fragen sein, auf welche Weise die bereits dargelegten Prämissen der Haager Außenpolitik die Reaktion auf die Vorschläge Stalins im einzelnen bestimmt haben.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst noch einmal, worin der Inhalt von Stalins erster Note vom 10.3. 1952 und seiner zweiten Note vom 9.4. 1952 bestand. Nur diese beiden werden ja, falls überhaupt, als mögliches Indiz für eine Öffnung der sowjetischen Politik bewertet, nicht dagegen die späteren russischen Noten vom 24.5. 1952 und vom 23.8. 1952. Die erste Note war sensationell genug. Sie schlug sofortige Verhandlungen der Großen Vier über einen Friedensvertrag mit Deutschland vor und propagierte im beigegeführten Vertragsentwurf die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands sowie den Abzug der Besatzungsmächte binnen eines Jahres. Außerdem war von der Neutralisierung Deutschlands und seiner Ausstattung mit eigenen Streitkräften (soweit sie für die Verteidigung notwendig waren) die Rede; schließlich sprach die Note nicht nur von der Gewährung demokratischer Rechte, sondern sie garantierte den ehemaligen Armeeeingehörigen und Nationalsozialisten, soweit sie nicht gerichtlich verurteilt waren, auch ausdrücklich die Ausübung ihrer politischen Bürgerrechte. Hinsichtlich der Grenzen sollten die Potsdamer Beschlüsse gelten. Über freie Wahlen enthielt der Vorschlag kein Wort. Erst die zweite Note erwähnte sie, nachdem der Westen in seiner Antwort vom 25.3. 1952 auf die Vorbedingungen freier Wahlen gepocht und auf die UNO-Kommission hingewiesen hatte; allerdings war darin eine Wahlprüfung durch eine Kommission der vier Besatzungsmächte vorgesehen. Auf den ersten Blick war dies in der Tat das

⁴⁰ Die Thesen 1 und 2 finden sich u. a. in Steiningers Artikel „Die Stalin-Note vom März 1952“, in: Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage*, S. 363, die These 3 in der Einleitung zum Dokumentarband (wie Anm. 3), S. 86.

Angebot eines deutschen Nationalstaats, der – sei es mit beschränkten eigenen Streitkräften – den Weg in eine garantierte demokratische Zukunft würde gehen können. Die Lancierung dieser Offerte im März 1952 hatte ihren Grund: die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die vertraglichen Regelungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten, dem später so genannten General- oder Deutschlandvertrag, standen kurz vor dem Abschluß. Damit stand auch die Besiegelung der Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis bevor. Der Einbindung des westlichen Teilstaates die Nationalstaatsvision entgegenzuhalten, war ohne Frage ein geschickter Schachzug, zumal die westdeutsche öffentliche Meinung hier tatsächlich tief gespalten war⁴¹. Aber stand damit wirklich die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung?

Betrachten wir zunächst die niederländische Reaktion. Bereits das erste interne Memorandum der Deutschlandabteilung des Außenministeriums vom 11.3. 1952 – nur einen Tag nach der Überreichung der Note Stalins erstellt – legte den Finger auf den wunden Punkt. Das Verbot, Bündnisse gegen einen der Kriegsgegner des nationalsozialistischen Deutschlands einzugehen – auf diese Weise war das Neutralisierungsgebot im sowjetischen Friedensvertragsentwurf ausgedrückt –, wurde darin als „der kardinale Punkt und zugleich auch die Erklärung für den Schritt Rußlands“ hervorgehoben. Die Sowjetunion wolle, so hieß es in dem Memorandum weiter, „offenbar alles tun, um zu verhindern beziehungsweise zu verzögern, daß Westdeutschland im Westen aufgenommen wird“. In aller Klarheit wurde der Charakter der Stalin-Note sodann als „eine gefährliche Störaktion“ beschrieben. Daß die Vorschläge der Sowjetunion ernst gemeint sein könnten, wurde dabei mit einem allgemeinen Hinweis auf die Geschichte verworfen – auch wenn diese Einschätzung sehr vorsichtig als bloße „Annahme“ gekennzeichnet wurde. Es wurde nicht verhehlt, daß die Note vom Vortag „auf den ersten Blick als ziemlich plausibel“ erscheine, doch unterstrich das Memorandum zugleich, Stalins Angebot enthalte beim näheren Hinsehen viele Punkte, die nach der Einleitung von Viermächteberatungen zu endlosen Meinungsverschiedenheiten führen würden. Zwei dieser Punkte wurden genannt, nämlich, erstens, die Verwendung des Begriffs „demokratisch“, der auch im Zusammenhang mit dem Begriff der „Organisationen“ falle (schließlich sei bekannt, welche Rolle diese „Organisationen“ in Ostdeutschland spielten), und zweitens das Problem von Umfang und Bewaffnung der Streitkräfte. Darüber hinaus verwies die erste interne Stellungnahme auf das Fehlen jeglicher Andeutung über das Zustandekommen der gesamtdeutschen Regierung und auf die Nicht-Erwähnung freier Wahlen⁴². Bemerkenswert an diesem allerersten Resümee ist, daß es von vornherein den Störcharakter des sowjetischen Schrittes so eindeutig hervorhob.

⁴¹ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Stuttgart 1981, S. 152.

⁴² ABZ, Memo der Deutschlandabteilung an den Außenminister, 11.3. 1952, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel 1, 1950–54. Auch dieses Memorandum hat wahrscheinlich der später genannte E. P. Wellenstein verfaßt.

Interessanterweise bestritt nun bereits am folgenden Tag der Chef der Osteuropaabteilung des niederländischen Außenamtes, Th. Simons, die Auffassung, daß der Vorschlag zur Schaffung eines neutralisierten Gesamtdeutschlands nicht ernst gemeint sei. Offensichtlich gab es unter den Beamten des Außenministeriums also eine unterschiedliche Lagebeurteilung. Bevor wir hieraus aber zu weit gehende Schlüsse ziehen, sei die Beurteilung des russischen Schrittes durch Simons etwas näher betrachtet und danach der Stellenwert seiner Äußerungen genauer bestimmt. Auch für Simons deutete der Zeitpunkt der Note auf sowjetische Störabsichten hin; auch er wollte dieses Motiv nicht ausschließen. Wenn er darüber hinaus aber auf die Seriosität des russischen Vorschlags glaubte setzen zu können, dann tat er dies nicht etwa aufgrund einer positiven Einschätzung sowjetischer Politik, sondern – im Gegenteil – weil er der UdSSR besonders sinistre Pläne unterstellte. Der Verlust des kommunistischen Verwaltungsapparates in Ost-Deutschland wurde in seiner Sicht mehr als wettgemacht durch die sich eröffnende Chance, ein „neutrales“ Deutschland mit den erprobten Methoden der Infiltration und Einschüchterung bearbeiten und schließlich auf Dauer an sich heranziehen zu können. Damit hätte der Krenl eines seiner Ziele in Europa erreicht, nämlich die Herauslösung des deutschen Potentials aus Westeuropa und dessen Gewinnung für den Ostblock⁴³. Daß sich angesichts dieser Einschätzung der sowjetischen Absichten nirgendwo in seinem Text auch nur eine Andeutung findet, der Westen müsse auf den russischen Vorschlag eingehen, versteht sich von selbst. Was den Stellenwert der Äußerung von Simons betrifft, so dazu nur dreierlei: Sein Memorandum war an den Chef des Europa-Direktorats adressiert, zirkulierte also auf vergleichsweise niedriger Ebene des Außenministeriums. Die erste interne Stellungnahme der Deutschland-Abteilung dagegen war an Außenminister Sükker gerichtet, hat diesem vorgelegen und offensichtlich auch seine Zustimmung gefunden⁴⁴. Ferner brachte Simons seine Theorie im Juni 1952 noch einmal vor, fand damit aber keinen Widerhall⁴⁵; dasselbe passierte im August⁴⁶. Schließlich charakterisierte ein ehemaliger Beamter des Außenministeriums im Interview Simons als eine vergleichsweise weniger gewichtige Stimme⁴⁷. All das weist darauf hin, daß wir es hier mit einer isolierten Stellungnahme zu tun haben. Die Meinung, die UdSSR wolle es tatsächlich auf die Entstehung eines neutralisierten Deutschlands ankommen lassen und habe nicht ausschließlich eine Störaktion im Sinne, wurde jedenfalls nur in dieser isolierten Weise vorgetragen. Daß auch bei anderen zunächst gewisse Fragezeichen blieben, kann

⁴³ ABZ, Memo der Osteuropaabteilung an das Europadirektorat, 12. 3. 1952, ebenda.

⁴⁴ So enthielt es den ausdrücklichen handschriftlichen Vermerk Wellensteins „durch Ihre Exzellenz gesehen“. Außerdem gingen die Formulierungen Wellensteins in verschiedene der anschließend vom Außenministerium versandten Telegramme ein bzw. lagen diese ganz auf der Linie seiner Reaktion.

⁴⁵ Vgl. das Memo von Simons vom 17. 6. 1952 (wie Anm. 42).

⁴⁶ Vgl. das Memo von Simons vom 29. 8. 1952 (ebenda).

⁴⁷ Hierbei handelt es sich um ein Interview mit dem ehemaligen Generalsekretär Dr. H. N. Boon am 11. 9. 1985.

nicht ausgeschlossen werden, doch sicher ist, daß mit jeder weiteren sowjetischen Note für etwaige Zweifel oder Unsicherheiten weniger Raum blieb.

Kehren wir zur Deutschland-Abteilung zurück. Dort verfaßte Kohnstamms Stellvertreter E.P. Wellenstein am 19.3. 1952 ein weiteres ausführliches Memorandum, das wiederum große Aufmerksamkeit verdient. Wellenstein ging zunächst auf die Reaktion in anderen westlichen Hauptstädten ein, beschrieb anschließend einige Bonner Stellungnahmen und kam dann zu der in unserem Zusammenhang bedeutsamen Folgerung: „Angesichts des hohen Reizes, den der russische Vorschlag für große Teile des deutschen Volkes hat, wird stets deutlicher, daß bald *eine möglichst positive* Antwort an Moskau gegeben werden muß.“ Erinnern wir uns. Auch in den nur wenige Monate zurückliegenden Memoranden vom Dezember 1951 war immer wieder von der Bedeutung der öffentlichen Meinung in Deutschland die Rede gewesen, die es positiv zu beeinflussen gelte. In dieser Sicht war also keine Veränderung eingetreten; im Gegenteil, schon von der zweiten Stellungnahme an stand das Ringen um die deutsche Öffentlichkeit im Zentrum der niederländischen Aufmerksamkeit. Und so blieb es auch in den folgenden Wochen und Monaten.

Wellenstein bezog sich in seiner Beschreibung der westlichen Reaktion ausdrücklich auf das „Vertrauliche Resümee zur Wiedervereinigung Deutschlands“ vom Dezember 1951. In der Bestimmung der „fundamentalsten Frage“, nämlich der nach dem Status eines einheitlichen Deutschlands, brachte er noch einmal die beiden Optionen in Erinnerung, die allein für den Westen annehmbar sein konnten. Einem Gesamtdeutschland mit völliger Handlungsfreiheit war seiner Ansicht nach der Vorzug zu geben; mit dieser Option vor Augen könne man „positiv und konstruktiv“ reagieren. Er verhehlte nicht, daß die UdSSR angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß ein solches Deutschland sich für den Westen entscheiden würde, wahrscheinlich zur Ablehnung gezwungen wäre. Für ihn stand jedoch fest: Deutschland müsse sich verbünden können, mit wem immer es wolle. Er ging auch auf die Option eines in seinen Beziehungen freien, in seiner Bewaffnung aber beschränkten Deutschland ein. Dabei hob er hervor, ein solches Deutschland müsse gerade wegen dieser Beschränkung mit anderen Ländern (das hieß: mit dem Westen) zusammenarbeiten, da es sich nicht allein verteidigen könne⁴⁸. Die beiden anderen Optionen wurden von Wellenstein nicht einmal erwähnt. Eine „positive und konstruktive“ Antwort des Westens auf der Grundlage der Neutralisierung Deutschlands oder der Wiederherstellung der Viermächtekontrolle zu geben, war angesichts der im Dezember 1951 so deutlich fixierten Prämissen in der Tat nicht vorstellbar. In diese Richtung konnte es nach niederländischer Ansicht keine Öffnung geben. Das bedurfte nicht einmal einer Erwähnung. Vielmehr galt es jetzt darauf zu achten, sich auch nicht ein Stückchen in diese Richtung ziehen zu lassen.

Jonkheer Michiels van Verduynen, der niederländische Botschafter in London, der ebenso wie seine Kollegen in Paris und Washington in den Wochen des Noten-

⁴⁸ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung an den Generalsekretär, 19.3. 1952 (wie Anm. 42). Hervorhebung im Original.

wechsels in regelmäßigem Kontakt mit den dortigen maßgeblichen Regierungsstellen stand – und wie diese ein Schwergewicht niederländischer Diplomatie verkörperte –, unterstrich die Gefahr, sich in der Beantwortung der Stalin-Note ausschließlich auf die Frage freier Wahlen festzulegen, so sehr dieser wichtigste Punkt auch herauszustellen sei. Die UdSSR könnte hier möglicherweise zustimmen, meinte er und fuhr fort: „Dann könnte doch ein wiedervereinigtes Deutschland entstehen, wonach Moskau das Zustandekommen eines Friedensvertrags auf unbestimmte Zeit verzögern könnte, mit schmerzlichen Folgen für die europäischen Verteidigungspläne.“⁴⁹ Die Sorgen, die sich auf niederländischer Seite entwickelten, lassen sich an dieser Äußerung ebenso ablesen wie die primäre Interessenlage des Haag. Experimente in der deutschen Frage mit ungewissem Ausgang waren unbedingt zu vermeiden, so lautete die Maxime, konnten sie doch der Sowjetunion die Gelegenheit bieten, die notwendigen Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland endlos hinzuziehen – das österreichische Beispiel mußte hier schrecken. Die innerwestlichen Verhandlungen hatten eindeutig den Vorrang.

Ganz in diesem Sinne richtete das Außenministerium am 25.3. 1952 an die Botschaften in London, Washington, Paris, Brüssel und Luxemburg ein Telegramm, in dem die niederländische Haltung zusammengefaßt wurde, und versah es mit der ausdrücklichen Aufforderung, die jeweiligen Regierungen davon zu unterrichten⁵⁰. Einleitend wurde der sowjetische Schritt in aller Deutlichkeit charakterisiert: „Eines der Hauptziele des russischen Vorschlags ist ohne Zweifel die Verzögerung beziehungsweise Störung der westdeutschen Integration in die westliche Welt und vor allem die EVG.“ Diese Feststellung schloß etwaige Nebenziele der UdSSR nicht aus, ließ aber keinen Zweifel daran, daß solche Ziele allenfalls von untergeordneter Bedeutung seien. Daraus folgte eine erste Empfehlung. Gerade weil dem Störcharakter des russischen Schrittes so hohe Bedeutung beigemessen wurde, sollte er „Ansporn zur Beschleunigung und Intensivierung der Integrationsbemühungen sein“. Angesichts der in jüngster Zeit wahrnehmbaren zunehmenden Unterstützung von Adenauers Politik durch die deutsche Öffentlichkeit – hier wurde auf den Ausgang der Wahlen in Baden-Württemberg verwiesen – wäre jede abwartende Verzögerung „verhängnisvoll“. Eine zweite Empfehlung folgte: „Gleichzeitig mit der Fortsetzung der Integrationsbemühungen muß aber auf positive und konstruktive Weise auf den russischen Vorschlag reagiert werden, um vor allem dem deutschen Volk zu zeigen, daß keine reale Gelegenheit durch den Westen versäumt wird, positive Schritte für die inbrünstig verlangte Wiedervereinigung Deutschlands zu unternehmen.“

Fassen wir die niederländischen Stellungnahmen während der ersten Phase – also

⁴⁹ Das Telegramm des Londoner Botschafters wurde am Tage nach seinem Eingang im Haag, mit der Unterschrift Außenminister Suijkers versehen, nach Bonn weitergesandt. Telegramm des Außenministers an die Botschaft in Bonn, ABZ, AAB, Geheime Stukken, 912.231, Duits Problem Algemeen, 1950–53.

⁵⁰ Eine Kopie ging auch an die Bonner Botschaft (ebenda).

nach der ersten sowjetischen Note – zusammen, so zeigen sich die folgenden Elemente: von Verwirrung keine Spur, vielmehr eine deutliche Ausrichtung auf die schon seit Monaten eingenommene Position; der sowjetische Vorschlag wurde vor allem als Störmanöver betrachtet; daß die UdSSR womöglich wirklich auf eine Neutralisierung Deutschlands hinielte, war nur die Ansicht eines relativ untergeordneten Sprechers; die Fortsetzung der westlichen Integration war gerade wegen des sowjetischen Schrittes zu beschleunigen, und der deutschen Öffentlichkeit galt es, einen glaubwürdigen Wiedervereinigungs-Eifer zu demonstrieren. Wie sehr man über die Haltung der deutschen Öffentlichkeit beunruhigt war, zeigte ein Botschaftsbericht aus Bonn vom 2. 4. 1952. Dem Beobachter kam die gemäßigte deutsche Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag und die mittlerweile von den Alliierten gegebene Antwort „einigermaßen unheimlich“ vor (der Verfasser gebrauchte das deutsche „unheimlich“, das auf den Leser im Haag viel eindringlicher wirken mußte als das entsprechende niederländische Wort). Es sei nicht zu sagen, welche Kräfte unter der Oberfläche brüteten⁵¹. Vor diesem Hintergrund wurden alle offiziellen deutschen Stellungnahmen besonders sorgfältig registriert. Adenauers klarer Westkurs wurde mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, zerstreute aber nicht die Sorge über mögliche bedrohliche Entwicklungen in der deutschen öffentlichen Meinung. Ihr keinen Anlaß zum Zweifel zu geben, mußte in niederländischen Augen der entscheidende Ausgangspunkt für die Art und Weise der westlichen Reaktion auf den sowjetischen Vorstoß sein.

In der zweiten Phase der sowjetischen Deutschland-Offensive, nach der Überreichung der zweiten Note vom 9. 4. 1952, konkretisierte sich die niederländische Haltung weiter. Statt einer einfachen Information über den eigenen Standpunkt wurde nun eine ausdrückliche – und sei es informelle – Demarche der niederländischen Regierung bei den Großen Drei vorgesehen und auch unternommen. Zunächst wurde im Benelux-Rahmen über einen gemeinsamen Schritt nachgedacht, dann aber davon abgesehen, weil nur die Niederlande, aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der UNO-Kommission, von der Angelegenheit direkt betroffen waren. So blieb es bei einem selbständigen Schritt der Niederlande, über den die Benelux-Partner aber selbstverständlich informiert wurden. Am Rande sei erwähnt, daß nach der Besprechung mit Belgien und Luxemburg mit Genugtuung festgestellt wurde, daß auch die Belgier großen Wert darauf legten, bei der westlichen Politik gegenüber der UdSSR in der Frage der deutschen Wiedervereinigung äußerste Rücksicht auf die große Sensibilität der öffentlichen Meinung in Deutschland zu nehmen⁵².

Das Telegramm vom 26. 4. 1952⁵³, das der niederländischen Demarche von Ende

⁵¹ ABZ, Brief der Bonner Botschaft an das Außenministerium v. 2. 4. 1952, unterzeichnet durch Botschaftsrat Mr. H. A. Helb, Departement, 912.2, Oost Duitsland – West Duitsland, Eenheidsstreven, deel V.

⁵² Vgl. das Memo Wellensteins an den Ministerpräsidenten v. 25. 4. 1952, ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, deel I, 1950–54.

⁵³ Ebenda Das Telegramm ging an die Botschaften in London, Washington und Paris (in dieser Folge aufgeführt).

April 1952 zugrundelag, enthielt neben dem Verweis auf die Mitgliedschaft in der UNO-Kommission eine zweite, sehr spezifisch auf die niederländische Situation zugeschnittene Begründung des unternommenen Schrittes. Es wurde nämlich hervorgehoben, daß die westliche Politik unbedingt auch für eine deutsche Regierung ohne Adenauer akzeptabel zu sein hatte. Denn sollte, so wurde argumentiert, nach den Wahlen von 1953 eine Regierung anderer Zusammensetzung (d.h.: unter Führung der Sozialdemokraten) auftreten und den Vorwurf erheben, es seien nicht alle Möglichkeiten genutzt worden, um mit der Sowjetunion in der Frage der Wiedervereinigung zu einer redlichen Übereinstimmung zu kommen, und daraufhin vielleicht Adenauers Politik der militärischen und wirtschaftlichen Westintegration abbrechen, dann müsse dies „höchst ernste Folgen“ für die Verteidigung und Wirtschaft der Niederlande haben. Dieser vorausschauende Blick in das Jahr 1953, unter ausdrücklichem Hinweis auf die Unzufriedenheit der SPD mit der westlichen Antwort vom 25. 3. 1952, zeigt, wie wenig man sich im Haag auf eine Kontinuität der Adenauerschen Politik verlassen zu können glaubte. Wie weit die Nervosität ging, zeigt ein wenige Tage später verfaßtes Memorandum, in dem Wellenstein die Befürchtung äußerte, Adenauer könne sich zu sehr von der deutschen öffentlichen Meinung isolieren, ein Bedenken, das er durch des Kanzlers verstärkte Betonung des Wiedervereinigungszieles bestätigt sah⁵⁴.

Auf auffällige Weise empfahl Den Haag indessen nicht nur Rücksichtnahme auf die westdeutsche Opposition, sondern wollte darüber hinaus erneut alle schon bekannten Eisen zugleich schmieden: einerseits die UdSSR – falls sie sich zurückzog – wegen ihrer Unaufrichtigkeit demaskieren, andererseits eine sogenannte „konstruktive Politik“ einleiten, falls Moskau seriöse Verhandlungen wünschte, und schließlich zugleich alles tun, um die Westintegration der Bundesrepublik keinerlei Behinderung auszusetzen⁵⁵.

⁵⁴ ABZ, Memo Wellensteins an den Generalsekretär vom 1. 5. 1952. Wellenstein unterstrich hierbei, daß das bekannte Adenauer-Interview mit Ernst Friedlaender unzweifelhaft nur für den Inlandsgebrauch bestimmt gewesen sei und keineswegs eine Kursänderung eingeleitet habe. Anschließend fuhr er fort: „Daß Adenauer aber gezwungen ist, sich gegenüber dem Inland so positiv über die Möglichkeit der Wiedervereinigung zu äußern, zeigt an sich schon, daß wir leider mit unserer Furcht Recht gehabt haben, daß der Bundeskanzler sich zu sehr von der deutschen öffentlichen Meinung isoliert hatte. – Die in Deutschland signalisierte Entwicklung macht es um so notwendiger, daß die Großen Drei die russischen Noten möglichst positiv beantworten.“ Departement, 912.230, Duitsland, Wijziging Bezettingstatuut in Contractual Agreements, deel VIII.

⁵⁵ Telegramm des Außenministeriums an die Botschaften in London, Washington und Paris vom 26. 4. 1952. Die entsprechenden Sätze seien hier ausdrücklich zitiert: „Die westliche Antwort muß deswegen sowohl geeignet sein, die russische Unaufrichtigkeit zu demaskieren, falls Moskau sich zurückzieht, als auch, um eine konstruktive Politik aufzubauen, falls Moskau seriöse Rücksprache wünscht; dabei muß dafür gesorgt werden, daß die Integration Deutschlands in Westeuropa auf keinerlei Weise behindert wird.“ Zum Schluß des Telegramms hieß es zum letzten Punkt noch einmal ausdrücklich: „Übrigens dürfen durch näheren Gedankenaustausch mit der Sowjetunion unter keinen Umständen Verhandlungen über contractual agreements und EVG gestoppt oder verzögert werden. Diese Verhandlungen müssen gerade intensiver denn je fortgesetzt werden. Wenn sie einmal abgeschlossen sind, wird das die westliche Position verstärken.“ (Wie Anm. 52).

Was die UNO-Kommission anging, so sah man den Westen in eine gewisse Verlegenheit gebracht. Nicht angängig erschien es, sie wegen der sowjetischen Opposition einfach fallenzulassen. Es empfahl sich jedoch ebensowenig, starr an der Kommission festzuhalten, könnte doch in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, der Westen halte aus formalen Gründen an ihr fest, während er eine Wiedervereinigung durch allgemeine freie Wahlen überhaupt nicht wünsche. In dieser Situation präsentierten die Niederlande folgenden „Zwischenvorschlag“: Die UNO-Kommission möge einen Kodex für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland entwerfen und ihn Moskau als Ausgangspunkt für Wahlen offerieren; der Gedanke einer Viermächte-Kommission dagegen wurde strikt zurückgewiesen. Mit der Idee des Wahlkodex kam die niederländische Außenpolitik auf einen Gedanken zurück, den sie ihrer UNO-Delegation bereits im Dezember 1951 mit auf den Weg gegeben hatte: die Kommission solle die Grundbedingungen für freie Wahlen in Deutschland fixieren. Daß dieser Vorschlag in Moskau kaum Gegenliebe finden konnte, war demgegenüber zweitrangig. Entscheidend war und blieb der Eindruck, den diese Idee im Westen machte. Angefügt sei, daß der niederländische Vorstoß zwar einiges Interesse in London und Paris fand, von den USA aber unmißverständlich zurückgewiesen wurde⁵⁶.

Die Formulierung der sogenannten „konstruktiven Politik“, die gegenüber Moskau einzuleiten sei, falls es seriöse Verhandlungen wünsche, darf nicht zu der Annahme verführen, die Außenpolitik Den Haags habe tatsächlich nach einer Öffnung gesucht. Diese Haltung lag vollkommen auf der Linie früherer vergleichbarer Stellungnahmen. So wurde in dem Telegramm vom 26. 4. 1952 beispielsweise mit Nachdruck hervorgehoben, daß allein ein Gesamtdeutschland mit völliger Handlungsfreiheit akzeptabel sein könne. Als Ungeschicklichkeit wurde es dagegen gerügt, daß die erwünschte Bindung an die EVG in der westlichen Antwortnote vom 25. 3. 1952 aufgeführt worden war, weil dies in Deutschland als eine allzu beengende Vorbedingung empfunden werden könnte⁵⁷.

Die bereits angedeutete negative Reaktion Washingtons bezog sich nicht nur auf die Vorschläge hinsichtlich der UNO-Kommission. Die Amerikaner wiesen eine Rücksichtnahme auf die deutschen Oppositionsparteien strikt zurück, da dadurch nur Adenauers Politik geschwächt würde. Der geringe Spielraum des Westens wurde ebenfalls hervorgehoben: Die Integrationspolitik sei die einzige Grundlage für eine Übereinstimmung der Großen Drei, auch nur der Schein eines Abweichens davon müsse im westlichen Lager Verwirrung stiften. Die Amerikaner hatten offensichtlich die sogenannte „konstruktive Politik“ der Niederländer überschätzt. Nur so ist der ausdrückliche amerikanische Hinweis zu verstehen, das überragende Ziel

⁵⁶ Vgl. das Telegramm des Londoner Botschafters an das Haager Außenministerium vom 29. 4. 1952 und das des Pariser Botschafters vom 30. 4., ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel I, 1950–54. Zur amerikanischen Reaktion vgl. das in Anm. 58 genannte Telegramm.

⁵⁷ Wie Anm. 55.

der sowjetischen Einheits-Offensive sei die Verhinderung der westeuropäischen Integration, jedes Eingehen auf Moskaus Angebote müsse die Integration unweigerlich auf die lange Bank schieben, „vielleicht ad calendas graecas“. All dies wurde von den Amerikanern als „tiefgreifender Meinungsunterschied“ gedeutet und mit einem Verweis verbunden. Wären die niederländischen Gedankengänge in einer offizielleren Weise übermittelt worden, dann hätten die USA dies unzweifelhaft sogar als „ein unbewußtes In-die-Hände-Arbeiten gegenüber der russischen Politik und eine Schwächung der Integrationspolitik“ angesehen. Soweit der niederländische Botschafter Van Roijen in seinem Telegramm aus Washington. Zugleich berichtete er aber von einem Gespräch zwischen den Außenministern Acheson und Stikker, das „einen anderen Geist atmete“ und offensichtlich mit dazu beigetragen hatte, daß aus der niederländischen Demarche keine größere Verstimmung zwischen beiden Ländern erwuchs⁵⁸.

Auffallend an der amerikanischen Reaktion ist vor allem, wie sehr Washington die von Den Haag empfohlene verbale Rücksichtnahme auf die deutsche öffentliche Meinung und die innerdeutsche Opposition mißdeutete. Auch im Haag hatte man schließlich nicht daran gedacht, der Sowjetunion einen Fußbreit entgegenzukommen. Wo die Niederlande Gesprächsbereitschaft signalisierten, da geschah das unter Voraussetzungen, von denen aus sich gewiß keine Brücke zu den russischen Vorschlägen bauen ließ. Ganz offensichtlich handelte es sich um ein Mißverständnis, wenn von tiefgreifenden Meinungsunterschieden gesprochen wurde. An der atlantischen Orientierung der damaligen niederländischen Außenpolitik war ohnehin keinerlei Zweifel möglich – wurde vom Haag doch beständig betont, wie sehr das Bündnis der atlantischen Ergänzung bedürfe⁵⁹. Folgen zeitigten die amerikanischen Mahnungen insofern, als die Niederlande ihre Position in der Frage des Ost-West-Ringens um Deutschland in den folgenden Monaten um einiges leiser vorbrachten⁶⁰.

Freilich minderte die Reaktion der USA die Aufmerksamkeit keineswegs, mit der das „Duell um Deutschland“⁶¹ in den Niederlanden weiter verfolgt wurde. Es würde zu weit führen, die Stellungnahmen Den Haags in den Monaten von Mai bis September in ähnlicher Ausführlichkeit zu behandeln, so reizvoll das in einigen Punkten

⁵⁸ ABZ, Telegramm des Washingtoner Botschafters Van Roijen an das Außenministerium vom 7.5. 1952 (ebenda).

⁵⁹ Vgl. hierzu u. a. auch Kersten, „Niederländische Regierung, Bewaffnung Westdeutschlands und EVG“, S. 199, 214 f.

⁶⁰ So hieß es beispielsweise in dem Telegramm Stickers an die Washingtoner Botschaft vom 30. 6. 1952, er habe „mit Befriedigung konstatiert“, daß mittlerweile auch die Amerikaner auf den Kurs einer Viermächtekonferenz eingeschwenkt seien – wobei ihm als Ziel dieser Konferenz wiederum vor Augen stand, „zu zeigen, daß es den Russen mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit nicht ernst ist“ –, er es jedoch für weniger opportun halte, den eigenen Standpunkt offiziell bekannt zu machen – so möge man in Washington die Haager Ansichten, falls gewünscht, als persönliche Ansicht kundtun. ABZ, AAB, Geheime Stukken, 912.231 Duits Problem Algemeen, 1950–53.

⁶¹ Diesen Ausdruck gebrauchte der Washingtoner Botschafter Van Roijen in seinem Telegramm vom 17. 4. 1952, ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel I, 1950–54.

wäre. Die Grundzüge der niederländischen Außenpolitik blieben dieselben. Lediglich ein Element sei noch ausdrücklich hervorgehoben, die große Genugtuung nämlich, mit der das Außenministerium im Juni 1952 feststellte, daß mittlerweile endlich alle westlichen Alliierten zum Gespräch mit Moskau bereit waren⁶²; wohlgermerkt, das war nach der Unterzeichnung des Generalvertrags in Bonn und des EVG-Vertrags in Paris Ende Mai 1952. Jetzt galt es nach niederländischer Ansicht, nachzustößen und der Öffentlichkeit noch vor der Ratifizierung der Verträge in aller Deutlichkeit – durchaus auch mit entsprechenden publizistischen Kampagnen – zu demonstrieren, daß es die Russen waren, die die Wiedervereinigung verhinderten⁶³. Daß die UdSSR sich solchen Verhandlungen entzog, wurde dabei zunehmend als Bestätigung dafür genommen, daß Stalin in Wahrheit überhaupt keine Wiedervereinigung durch freie Wahlen wollte. Gerade deshalb aber erachtete es Den Haag als sehr wünschenswert zu demonstrieren, „daß es keine Alternative gibt“⁶⁴.

Kommen wir nun an dieser Stelle auf die drei oben skizzierten Thesen von Rolf Steininger zurück. Daß die Westmächte den sowjetischen Schritt für ein ernst gemeintes Angebot hielten, läßt sich aus dem Haager Material nicht bestätigen. Immerhin kamen gelegentlich gewisse Unsicherheiten darüber auf, wie weit die Sowjetunion in diesem Poker zu gehen bereit war. Botschafter Van Roijen berichtete am 17. 5. 1952 von einem Gespräch mit dem amerikanischen Diplomaten Philip C. Jessup, der zwar nicht glaube, daß es Moskau mit dem Angebot freier Wahlen in Deutschland ernst meine, mit ihm, Van Roijen, aber darin übereingestimmt habe, „daß wir doch der Möglichkeit Rechnung tragen müssen, daß die Sowjetunion sich unverhofft bereit zeigen wird, um in Erwartung eines letztlich großen politischen Vorteils dieses hohe Spiel zu spielen“⁶⁵. Die gleichzeitig ausgesprochene Warnung, der Westen müsse sich auf diese Möglichkeit vorbereiten, war jedoch nicht mehr als der Ausdruck eines vagen Unbehagens vor einer etwaigen sowjetischen Überraschung. Die beiden Diplomaten erörterten auch die Wahrscheinlichkeit einer neuen sowjetischen Blockade Berlins und den Stand der westlichen Vorbereitungen für diesen Fall. Dies weist wohl ebenfalls darauf hin, für wie wenig realistisch man es hielt, daß die Sowjetunion tatsächlich Trumpfkarten in dieses Spiel einbringen würde. Nochmals sei betont: Gleichgültig, wie ernst das sowjetische Angebot eines neutralen Gesamtdeutschlands nun wirklich gemeint war, es war völlig ausgeschlossen, daß sich der Westen – so, wie die Dinge im Jahr 1952 lagen – jemals darauf eingelassen hätte; diese an sich längst bekannte Tatsache wird durch die niederländischen Akten nur noch einmal bestätigt.

Auf die Gesprächsbereitschaft des Westens werfen die niederländischen Quellen

⁶² Vgl. das Memo der Deutschlandabteilung an den Generalsekretär vom 18. 6. 1952 (ebenda) und das in Anm. 60 genannte Telegramm vom 30. 6. 1952.

⁶³ Vgl. die Memo's vom 28. 5., 5. 6., 12. 6. 1952, alle von der Deutschlandabteilung an den Generalsekretär, ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel I, 1950–54.

⁶⁴ So das Memo vom 28. 5. 1952, ebenda.

⁶⁵ ABZ, Telegramm Botschafter Van Roijens an das Außenministerium vom 16. 5., ebenda.

ebenfalls ein interessantes Licht. Die deutliche Art, in der den Niederländern nach ihrer informellen Demarche von den Amerikanern der Zeigefinger gewiesen wurde, da sie scheinbar – und dieser Schein trog wahrhaftig – zu inhaltlichen Gesprächen mit dem Osten bereit waren, zeigt, wie gering vor Unterzeichnung der Westverträge der Spielraum für eine Kontaktaufnahme war. Doch das ist nur die eine Seite. Am 12.5. 1952 berichtete Botschafter Van Roijen aus Washington, die Amerikaner hätten Ende April eine Gesprächsinitiative einleiten wollen, dabei seien die Franzosen von Anfang an zurückhaltend, die Briten eher positiv eingestellt gewesen. Diese Initiative habe so lange im Raum gestanden, bis Adenauer, nach einer anfänglich positiven Reaktion, sich ablehnend verhalten habe. Insofern bestätigt dieser Bericht Adenauers Rückzieher vom 3. Mai 1952, nach Steininger eine historische Entscheidung⁶⁶. Van Roijens weitere Berichterstattung gibt indessen allen Anlaß, in diesem Punkt zurückhaltender zu urteilen. Ausdrücklich unterstrich der Botschafter nämlich, daß die amerikanische Gesprächsabsicht deswegen entstanden sei, weil man in Washington mit Blick auf die öffentliche Meinung in Deutschland der Ansicht gewesen sei, auf Dauer ließen sich Verhandlungen zwischen den Großen Vier ohnehin nicht vermeiden, und dann sei es besser, den Russen nicht die Initiative zu überlassen. Wörtlich schrieb er am 12.5. 1952 weiter: „Schon seit geraumer Zeit war man im State Department zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es vor allem im Hinblick auf die öffentliche Meinung in Deutschland auf die Dauer nicht möglich sein würde, Besprechungen zwischen den Großen Vier über das eine oder andere Thema zu vermeiden. Unter diesen Umständen erschien es wünschenswert, daß die Initiative für solche Besprechungen von westlicher Seite ausgehe; denn wenn der Sowjetunion schließlich auf diesem Gebiet die Initiative überlassen würde, könnte diese den fruchtlosen Notenwechsel dehnen und Besprechungen zu einem Augenblick und über ein Thema vorschlagen, die am besten zur Verzögerung der Ratifizierung der *contractual agreements* und der EVG geeignet wären. Als Thema für derartige Besprechungen lag die Installierung einer Untersuchungskommission über die Möglichkeit der Abhaltung von Wahlen am nächsten, da auf dem Gebiet der Wahlen die westlichen Staaten über die größte Flexibilität verfügten. Hinsichtlich der entsprechenden UNO-Kommission hat man bemerkt, daß diese ‚schlafen‘ könne, bis ihre Dienste wieder in Anspruch genommen werden können.“ Die Amerikaner, so berichtete der Botschafter weiter aus Washington, seien einigermaßen enttäuscht gewesen, diesen Vorschlag nicht bereits in die anstehende westliche Antwortnote aufnehmen zu können (sie wurde am 13.5. 1952 überreicht), sie seien aber von der Richtigkeit ihres Vorschlags überzeugt und hofften, einen entsprechenden Vorschlag in der anschließenden westlichen Note unterbringen zu können, die vermutlich nach der Unterzeichnung der West-Verträge übersandt werden würde⁶⁷. Also doch ame-

⁶⁶ Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung?*, S. 63.

⁶⁷ ABZ, Departement, *Geheime Stukken*, 912.2, *Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel I*, 1950–54.

Dem aufmerksamen Leser kann auch in den von Steininger edierten Texten der äußerst begrenzte und eindeutig taktisch bedingte Charakter der amerikanischen Gesprächsabsicht vom April 1952

rikanische Gesprächsbereitschaft? Ebenso wie die hier so ausführlich erläuterte niederländische Bereitschaft war auch die amerikanische Haltung ausschließlich taktisch motiviert; eine andere Deutung läßt jedenfalls das niederländische Material nicht zu. Erst recht läßt sich nicht feststellen, daß Adenauers Rückzieher gar historisches Gewicht beigemessen wurde. Seine Zustimmung wäre lediglich die Zustimmung zu einem taktischen Manöver gewesen – mehr nicht.

Die Frage bleibt, ob Adenauer es in der Hand gehabt hätte, den Westen tatsächlich dazu zu bewegen, die sowjetische Kompromißbereitschaft ernsthaft auszuloten. Im niederländischen Material findet sich kein einziger derartiger Hinweis. Adenauer wurde vielmehr als bedrängter, mühsam operierender Politiker gesehen, der ständig vom Verlust der öffentlichen Zustimmung bedroht war. Als Gesprächspartner des Westens hatte er in einem mühevollen Prozeß Vertrauen gewonnen. Hätte der Kanzler im März/April 1952 in Reaktion auf die Stalin-Noten eine Öffnung nach Osten propagiert, gar mit der ernsthaften Absicht, auch die Option einer Neutralisierung einzubeziehen – was ihm persönlich völlig fern lag –, er hätte sofort jegliches Vertrauen verloren. Adenauer konnte aufgrund seiner Position nicht Wege verschütten, die es gar nicht gab. Sollte die Sowjetunion tatsächlich ernsthaft erwogen haben, die Karte der Neutralisierung Gesamtdeutschlands zu spielen – mit allen Opfern, die dies für sie mit sich gebracht hätte –, für die Westmächte konnte es darauf nur eine negative Antwort geben. Gerade, daß ein Land wie die Niederlande, so sehr fixiert auf die Neutralisierungstendenzen und die Wankelmütigkeit der deutschen Öffentlichkeit, Gespräche zwar wollte, diese aber allein aus propagandisti-

nicht entgehen. Vgl. z. B. die Formulierung des Gesprächsvorschlags (Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung?*, S. 232, Anm. 1). Die Formulierung Außenministers Achesons („it is in our interest to expose Soviet insincerity at earliest possible date“) in seinem Telegramm an die US-Botschaft in London vom 30. 4. 1952 (ebenda, S. 233) findet sich in den Texten zu diesem Zeitpunkt mehrfach, so in dem Bericht des britischen Hochkommissars I. Kirkpatrick über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Hohen Kommissar der USA, Samuel Reber, in seinem Telegramm an das Foreign Office vom 2. 5. 1952 (ebenda, S. 238) und in dem Telegramm des amerikanischen Hohen Kommissars J. McCloy an Acheson vom 2. 5. 1952 („I am firmly of the opinion it is important that prior to ratification quadripartite conversations will have taken place which can clearly demonstrate the insincerity of the Soviet offer.“ Ebenda, S. 240). – Besonders wichtig ist in der Tat auch der von Steininger in seinem Kommentar nicht erwähnte Zeitplan in den amerikanischen Überlegungen. So heißt es ausdrücklich unter Punkt 6 in Achesons Telegramm an die Londoner US-Botschaft vom 30. 4. 1952, daß die Gespräche mit der Sowjetunion erst nach der Unterzeichnung des EVG-Vertrags und der vertraglichen Vereinbarungen (also des Generalvertrags), aber frühzeitig in der Ratifizierungsperiode stattfinden sollten (ebenda, S. 233). Für die Vermutung, in der Befürwortung dieses amerikanischen Gesprächsvorschlags durch Adenauer und in seiner anschließenden Aufnahme in die westliche Note an die Sowjetunion hätte eine einmalige historische Chance gelegen, gibt es dann auch keinerlei Beleg, weder in den Originaltexten der Großen Drei noch in der Widerspiegelung von deren Aktivitäten in den niederländischen Quellen. Wie Steininger Adenauer in diesem Zusammenhang historisches Versagen vorwerfen kann, zumal er den taktischen Charakter des amerikanischen Gesprächsvorschlags selbst nennt, bleibt unerfindlich. In einem Gespräch *nach* Unterzeichnung der Westverträge konnte das von Steininger beschworene Ausspielen der nationalen Karte ja wahrlich nicht mehr ziehen.

schen Gründen vorschlug, beweist noch einmal, wie groß die Kluft zwischen den Vorstellungen des Westens und der – war sie nun ernst gemeint oder nicht – sowjetischen Neutralisierungsoption gewesen ist⁶⁸.

4.

Während der letzten Phase des Notenwechsels wurde im Haag im Sommer 1952 eine neue Deutschland-Note für das Kabinett vorbereitet. Im Zuge einer weiteren Normalisierung der niederländisch-westdeutschen Beziehungen waren nach der Unterzeichnung des Generalvertrages in Bonn eine Reihe bilateraler Probleme rechtlicher, wirtschaftlicher und finanzieller Natur zu klären; davon war die hochpolitische Frage der in den Niederlanden wegen Kriegsverbrechen verurteilten Deutschen sicherlich die brisanteste⁶⁹. Über den einleitenden Passus der Note kam

⁶⁸ Angesichts der großen Bedeutung, der in der gegenwärtigen Diskussion über die inhaltliche Ausfüllung einer westdeutschen Identität (vgl. Jürgen C. Heß, „Westdeutsche Suche nach nationaler Identität“, in: Die Deutsche Frage in der Weltpolitik, hrsg. v. Wolfgang Michalka, Neue Politische Literatur, Beiheft 3, Stuttgart 1986, S. 9–50, besonders S. 37 ff.) der sachlichen Einschätzung von Möglichkeiten und Grenzen der Politik Adenauers hinsichtlich der Westintegration und der Wiedervereinigung zukommt, kann nur mit großer Besorgnis festgestellt werden, in welchem Maß Wunschdenken das Urteilsvermögen selbst eines so ausgewiesenen Historikers wie Rolf Steiningers beeinträchtigt hat. Daß der Nationalismus der frühen achtziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr nur im lunatic fringe beheimatet geblieben ist, sondern von links und rechts in die Mitte hineinzuwirken begann, ist von verschiedenen Beobachtern mit berechtigter Sorge bemerkt worden.

Bei Steinger finden sich bestimmte Elemente dieses national getönten Argumentationsstiles, beispielsweise in seiner Betonung des Primats der Wiedervereinigungspolitik ohne jede sachliche Prüfung ihrer Realisierungschancen (Eine Chance zur Wiedervereinigung?, S. 85), in dem Hinweis, eine neue Generation werde die „Lebenslüge“ der Bundesrepublik – daß die Westintegration zur Wiedervereinigung führen würde – wohl neu diskutieren (S. 87), in der Betonung von Deutschlands Mittellage in Europa in dem Sinne, daß Deutschland zu West und Ost gehöre (S. 88), in dem als Frage verkleideten Vorwurf, Adenauers Grundsatzentscheidung für den Westen sei in erster Linie eine Entscheidung „im Interesse der westlichen Sieger“ gewesen (ebenda), in der Charakterisierung des 23. Mai als eines „verfehlten“ Ersatzes für den Nationalfeiertag (ebenda), in dem Hinweis auf die Folgen der Teilung für die Bewohner der DDR (ebenda) – ohne daß Steinger an die Stelle des Appells an den Nationalismus des schlechten Gewissens auch nur einen einzigen konkreten Hinweis für die Realisierung von deren Hoffnungen zu geben vermag –, und schließlich in der nebulösen Andeutung, die Sowjetunion könne immer noch die deutsche Karte ausspielen (S. 89).

Im Hinblick auf die Aufmerksamkeit, die Steiningers Thesen in der Öffentlichkeit gefunden haben, sei mit Nachdruck unterstrichen, daß eine adäquate historische Interpretation der Entscheidungssituation jener Monate im Frühjahr 1952 nicht auf rückwärtsgewandtem Utopismus beruhen darf; dem Selbstfindungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland, zu dem – durch eine angemessene und selbstkritische Einschätzung historischer Handlungsmöglichkeiten – gerade auch Zeitgeschichtsforscher einen wichtigen Beitrag leisten können, ist durch die Erzeugung historischer Nebelbänke nicht gedient.

⁶⁹ Bis heute ist die Frage der wegen Kriegsverbrechen in den Niederlanden verurteilten Deutschen ein höchst sensibler Punkt. Auch 1986/87 wurde beispielsweise in der niederländischen Presse mehr-

es zu einem internen Gedankenaustausch, der im vorliegenden Zusammenhang von Interesse ist. Anders als die konkreten Einzelpunkte wurden diese einführenden Bemerkungen in der Kabinettsitzung vom 17.11.1952 nicht diskutiert. Wegen der wichtigen Einsichten, die diese einleitenden Passagen in die damalige Beurteilung der deutschen Frage durch die Niederlande vermitteln können, seien sie im folgenden näher erläutert.

Zwei Punkte sind besonders bemerkenswert: Einmal wird in der Note die Erwartung geäußert, daß sich die deutsche Teilung weiter verfestigen werde, andererseits bestätigt sie noch einmal die Absicht, der Sowjetunion dafür in aller Deutlichkeit die Schuld zuzuweisen. Was den ersten Aspekt betrifft, so wurde zwar gesagt, es wäre unverantwortlich, nunmehr definitiv von dem Status quo in Deutschland auszugehen, doch wurde dem im gleichen Atemzug entgegengehalten, eine nüchterne Beurteilung der sowjetischen Politik lege doch sehr die Annahme nahe, „daß von einer deutschen Wiedervereinigung auf der Grundlage demokratischer Freiheit in nächster Zeit keine Rede wird sein können“. Daß hier nur von den gleichsam innenpolitischen Merkmalen eines möglichen wiedervereinigten Deutschland gesprochen wurde, sollte dabei nicht verwirren; aus niederländischer Perspektive umfaßte das, wie eine Reihe vergleichbarer Texte belegen, durchaus auch dessen außenpolitische Entscheidungsfreiheit. Besonders drastisch waren zwei anschließende Bemerkungen. Aus der zitierten Grundannahme wurde nämlich der unzweideutige Schluß gezogen, daß, trotz aller den Charakter einer Interimsregelung hervorhebenden Merkmale, die im Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten fixierte Ordnung letztlich vielleicht einen festeren Bestand haben könnte als manches, in der Vergangenheit in ausgeklügelten Friedensvertragswerken scheinbar so festgefügte System. Im ursprünglichen Entwurf nicht enthalten, sondern aufgrund einer Randbemerkung von Außenminister Sükker hinzugefügt, finden sich dann die beiden Sätze: „Trotzdem wird man stets davor auf der Hut zu sein haben, daß Deutschland eine Gelegenheit erhält, die Wiedervereinigung mit Gewalt zu vollziehen. Die Integration der Deutschen Republik in die westliche Welt bietet dagegen die beste (und einzige) Garantie.“⁷⁰ In diesem Zusatz kam noch einmal das

fach die Frage der Freilassung der letzten beiden in Breda noch Inhaftierten diskutiert. Besonders heftig war die Reaktion, als die Regierung Biesheuvel im Jahre 1972 tatsächlich das Gnadengesuch der – damals noch – „Drei von Breda“ annehmen wollte; eine Mehrheit der Zweiten Kammer sprach sich damals dagegen aus. Vgl. H. J. G. Beunders/H. H. Selier, *Argwaan en profijt. Nederland en West-Duitsland 1945–1981*, Amsterdam o. J. (1983), S. 28 f.

⁷⁰ ABZ, „De gewijzigde verhouding van Nederland tot de Bondsrepubliek Duitsland, voortvloeiende uit de ondertekening van het Verdrag tussen de Drie Mogendheden en de Duitse Bondsrepubliek en het Verdrag inzake de EDG op 26 en 27 Mei 1952“, S. 4 f., Departement, 912.1, map 1885 (Fassung vom 12.9.1952). Die handschriftliche Hinzufügung Sükkers findet sich auf einer früheren Fassung vom 12.7.1952 (ebenda). – Wie groß das Mißtrauen von Außenminister Sükker gegenüber Deutschland war, hatte sich auch während einer Konferenz der niederländischen Botschafter im August 1951 gezeigt, als Sükker in der Diskussion am 9.8.1951 über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft folgendes feststellte: „Wenn wir hier in Europa über den Begriff Ost-West reden: Rußland im Gegensatz zur freien Welt, dann war gestern die Schlußfolgerung der Versamm-

Mißtrauen Stickers zum Ausdruck, das offensichtlich seit 1949 den konstanten Hintergrund seiner Beurteilung der deutschen Situation bildete. Gestrichen wurde aus dem Entwurf dagegen ein Satz, der gleichwohl erwähnt sei, da er die Auffassung des ursprünglichen Verfassers in der Deutschlandabteilung weiter verdeutlichen kann. Der hatte nämlich darauf hingewiesen, daß, falls sich die weltpolitische Konjunktur nicht zugunsten einer Wiedervereinigung Deutschlands verändere, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung mit den Jahren lernen werde, die Realität zu akzeptieren und sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen⁷¹.

Um die Lernbereitschaft des deutschen Volkes zu fördern, wurde die erwähnte Schuldzuweisung an die sowjetische Adresse für notwendig erachtet. In aller Klarheit wurde an dieser Stelle erneut ausgesprochen, worum es im Notenwechsel dieser Monate nach niederländischer Ansicht im Kern ging, nämlich darum, „den Beweis zu liefern“, daß die Russen die Wiedervereinigung verhinderten. Auf diese Weise würde deutlich werden, daß es zum Anschluß der Bundesrepublik an den Westen keine Alternative gab. Das Dokument verband diesen Gedanken mit der Mahnung zu einem partnerschaftlichen Verhalten des Westens und zu einem raschen Abbau aller Diskriminierungen gegenüber Deutschland. Das leitete zum eigentlichen Kern der Note über, auf den hier aber nicht einzugehen ist. Herauszustellen ist dagegen, wie deutlich diese Deutschland-Note zeigt, daß sich die niederländische Außenpolitik im Sommer 1952 auf eine lang dauernde deutsche Teilung einstellte; wie das mit der öffentlichen Befürwortung der Wiedervereinigung Deutschlands vereinbar ist, wird weiter unten noch einmal aufzugreifen sein. Doch zuvor noch kurz ein Blick auf die Grundlinien niederländischer Politik in den Jahren nach „Stalins Angebot“.

Der Wahlsieg Adenauers im Jahre 1953 wurde in den Niederlanden mit großer Erleichterung aufgenommen⁷², weil er die Stabilität des von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurses garantierte. Daß selbst die niederländischen Sozialdemo-

lung, daß darin eine ständige Gefahr liegt. Darin bin auch ich absolut sicher. Einer ständigen Gefahr muß also im Augenblick widerstanden werden, und es ist sicher, daß Amerika und England keine große Zahl von Divisionen für den Kontinent zur Verfügung stellen werden, also bleibt die einzige Möglichkeit, Deutschland einzuschalten. Das zieht selbstverständlich die Schwierigkeit nach sich, daß die Gefahr einer eventuellen Aggression durch Deutschland selbst entsteht.“ ABZ, „Ambassadeurs-Conferentie 1951“, Protokoll der Vormittagssitzung vom 9. 8. 1951, S. 52, Departement, 912.10, Nederland, Ambassadeursconferentie 1951, map 1818.

⁷¹ Enthalten in der Fassung vom 12. 7. 1952 (siehe Anm. 70). Botschafter De Booy hatte am 30. 7. 1952 eine eigene Fassung übersandt, die den aufschlußreichen, allerdings in der Endfassung vom 12. 9. 1952 nicht aufgenommenen Satz enthält: „Je deutlicher wird, daß die UdSSR die Wiedervereinigung verhindert, und je mehr sich Westdeutschland in die westeuropäische Gemeinschaft einlebt, desto eher würde die jetzt noch so starke Anziehungskraft der Gebiete östlich der Elbe neutralisiert werden können.“ ABZ, ebd.

⁷² Der mittlerweile als Nachfolger De Booy als niederländischer Botschafter in Bonn akkreditierte A. Th. Lamping berichtete am 10. 9. 1953 von dem „günstigen“ Resultat der Wahlen und erwartete eine „größere Stabilität“ der politischen Situation in der Bundesrepublik, charakteristischerweise mit der ausdrücklichen Hinzufügung „falls keine unvorhergesehenen Umstände eintreten“. ABZ, Telegramm vom 10. 9. 1953 an das Außenministerium, Departement, Geheime Stukken, 911.31, Duitsland West, Politieke verhoudingen en partijen, deel 1, 1946–54.

kraten den Sieg des Kanzlers begrüßten⁷³, ist nicht ohne pikante Note, entspricht aber ganz der damaligen pro-atlantischen Ausrichtung der „Partij van de Arbeid“. Ferner ist zu erwähnen, daß die nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 in der Bundesrepublik verstärkt um sich greifende Einheitsrhetorik bei niederländischen Beobachtern mitunter die Wiederkehr alldeutschen Spuks wachrief⁷⁴. Auch im folgenden Jahr wurde das Anschwellen der Wiedervereinigungs-Propaganda wiederholt mit Sorge registriert (so etwa die Gründung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“⁷⁵), darin jedoch kein Anlaß gesehen, die eigenen Positionen zu überprüfen. Im Sommer 1953 wurde in einer weiteren Kabinetts-Note über Deutschland noch einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die Option haben müsse, sich frei mit dem Westen zu verbinden⁷⁶. Daß in diesem

⁷³ Der Sozialdemokrat F. Goedhart führte am 16. 12. 1953 in der Zweiten Kammer u. a. aus, daß der Ausgang der bundesdeutschen Septemberwahlen „einen großen Teil der Zweifel weggenommen hat, die man in vielen europäischen Ländern noch immer hinsichtlich der politischen Zuverlässigkeit des deutschen Volkes hegte“, und darüber hinaus bewiesen habe, daß auch der Neutralismus in Deutschland keinen Anklang finde (ebensowenig wie Neonazismus und Kommunismus). Ausdrücklich bezeichnete er „den großen persönlichen Sieg Adenauers“ als „einen Sieg für Europa“, dabei auf den belgischen Sozialisten Paul Henri Spaak verweisend. *Handelingen Tweede Kamer*, 38 e Vergadering, 16. 12. 1953, S. 656. Siehe dazu Friso Wielenga, „Buitenlandse politiek als splijtzwaam. PvdA en SPD in de vroege jaren '50“, in: *Socialisme en democratie* 44 (1987).

⁷⁴ Vgl. den Botschaftsbericht der Bonner Botschaft vom 3. 7. 1953, ABZ, Departement, Geheime Stukken, 911.31, Duitsland Oost, Politieke verhoudingen en partijen, deel II, 1951–54.

⁷⁵ ABZ, Memo's der Mitteleuropaabteilung (die mittlerweile an die Stelle der Deutschlandabteilung getreten war) an das Europadirektorat vom 22. 6. 1954 und 1. 10. 1954, Departement, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Verhouding, deel VII.

⁷⁶ Von Interesse ist hier besonders der Abschnitt 3 mit dem Titel „De Betekenis van een ‚Herenigd Duitsland‘ in verband met de mogelijke regeling van de Duitse kwestie bij een vredesverdrag“, Juli 1953. Hierin wurde noch einmal sehr deutlich bemerkt, daß ein neutrales Deutschland, unbewaffnet oder mit beschränkter Bewaffnung, „unannehmbar“ sei und ein wiedervereinigtes Deutschland deshalb Teil der EVG und der Europäischen Gemeinschaft werden und in diesem Rahmen auch NATO-Mitglied sein müsse (S. 9). Im folgenden wurde die eigene Position in aller Deutlichkeit abgesteckt: „Meiner Meinung nach besteht der Kern der Sache darin, daß der Westen unmöglich ohne weiteres die atlantische und europäische Zusammenarbeit (also unter Einbeziehung Westdeutschlands) opfern kann zugunsten einer ‚Entspannung‘, die mit der ‚Wiedervereinigung‘ Deutschlands gepaart ist. Mit anderen Worten, die ‚Wiedervereinigung‘ kann für den Westen *als ganzen* vorläufig noch kein Ziel an sich sein und wird notgedrungen auf die zweite Ebene verschoben werden müssen, solange die Russen nicht bereit sind, daran unter akzeptablen Bedingungen mitzuarbeiten.“ (S. 10). Diese „akzeptablen Bedingungen“ schlossen allerdings weiterhin jede Übereinkunft mit der Sowjetunion aus, beinhalteten sie doch die Inkorporation des ganzen Deutschlands in die westliche Gemeinschaft, dazu die Möglichkeit der Korrektur der deutschen Grenzen auf friedlichem Wege, den Friedensvertrag mit Österreich und selbst die Korrektur des Status der mittel- und osteuropäischen Länder, mit dem einzigen Zugeständnis der Einschränkung der deutschen Wiederbewaffnung auf den Umfang von 12 Divisionen im Rahmen eines (west-)europäischen Heeres. Alles andere habe „tödliche Gefahren“ für den Westen zur Folge. Der (im übrigen nicht namentlich genannte) Verfasser war immerhin realistisch genug, seinem extensiven Forderungskatalog die Bemerkung hinzuzufügen, daß es fraglich sei, ob die Sowjetunion geneigt sein werde, auf derartige Vorschläge ernsthaft einzugehen. Bezeichnenderweise findet sich dann als handschriftliche Randnotiz auf diesem Text noch die folgende Äußerung: „In der Tat, falls nicht Kreml vor Kollaps steht,

Zusammenhang im Kabinett eine fiktiv anmutende Diskussion darüber stattfand, ob ein Gesamtdeutschland Teil der EVG oder der NATO sein solle, sei nur am Rande erwähnt; es ist aber bezeichnend, daß der Haag seine Besorgnis vor dem zu großen Gewicht eines vereinten Deutschlands in der Auffassung zum Ausdruck brachte, eine Ausbalancierung dieses Gewichts sei nur im Rahmen der NATO möglich⁷⁷.

Als die EVG im Sommer 1954 am Votum des französischen Parlaments scheiterte, war die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO für die Niederlande kein Problem. Schließlich hätte man schon in den Jahren zuvor – wegen des Gewichts selbst des halbierten Deutschlands – die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO lieber gesehen. Die Wiedervereinigung rückte in noch weitere Ferne, als die Bundesrepublik Deutschland 1955 souverän und als NATO-Partner Mitglied des westlichen Bündnisses wurde. Eine Anfang 1955 geführte Kontroverse mit der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zeigt, wie sehr es hier nach Meinung des niederländischen Außenministeriums weiterhin Festschreibungen zu vermeiden, eines Tages vielleicht gangbare Wege offenzuhalten galt, und welche schonende Behandlung der deutschen öffentlichen Meinung noch immer für angezeigt gehalten wurde. In der Deutschlandabteilung des Außenministeriums begrüßte man es zwar durchaus, daß die bekannte Rotterdamer Tageszeitung deutlich von deutschen Wiedervereinigungssillusionen sprach, doch hielt man Bemerkungen für „unerwünscht und auch überflüssig“, nach denen sich die westliche Öffentlichkeit angesichts eines geteilten Deutschlands viel sicherer fühle als mit einem wiedervereinigten Deutschland. Ebenfalls gerügt wurde die von der Zeitung geäußerte Ansicht, daß die westeuropäischen Verbündeten der Bundesrepublik – läge es nur an ihnen – gerne einen Modus vivendi mit der Sowjetunion auf der Basis des Status quo eingehen würden. Das wurde für „absolut inakzeptabel“ erklärt, sei es doch etwas völlig anderes, eine bestimmte Situation aus praktischen Gründen vorläufig hinzunehmen, als sie durch einen Vertrag zu sanktionieren⁷⁸.

wird Moskau diese Vorschläge als ‚tödliche Gefahr‘ betrachten.“ (S. 11). ABZ, AAB, 911.1, Herein Deutschland 1953.

⁷⁷ Es war Ministerpräsident Drees selbst, der ausdrücklich feststellte: „Falls die deutsche Einheit zustandekäme und das Land frei über die Mitarbeit an einem internationalen Verteidigungssystem entscheiden könnte, dann wäre der Sprecher gegen die Aufnahme in die EVG; das vereinte Deutschland würde dann wohl in die NATO aufgenommen werden können.“ ARA, Protokoll des Ministerrats vom 3. 8. 1953.

⁷⁸ ABZ, Memo der Mitteleuropaabteilung an das Europadirektorat vom 29. 1. 1955. Vgl. auch das Memo vom 3. 2. 1955. Beide in: Departement, 912.2, Ost-Deutschland – West-Deutschland, Einheit, 1. 1. 1955–31. 7. 1955. – Die beiden Leitartikel in der NRC vom 12. und 22. 1. 1955 waren in der Tat nicht gerade schonend mit deutschen Wiedervereinigungshoffnungen umgesprungen. Ausgelöst war die niederländische Reaktion durch diverse Neujahrsreden deutscher Politiker, denen man die Mahnung entgegenstellte, das Drängen nach einer Wiedervereinigung habe irrationalen Charakter und Deutschlands Bündnispartner könnten es nicht zulassen, daß die Lunte dieser politischen Zeitbombe angesteckt werde (12. 1. 1955). Am 22. 1. 1955 wurde das Blatt noch deutlicher und erklärte – bei aller prinzipiellen Bejahung der Wiedervereinigung unter für den Westen akzeptablen Bedingungen –, 1) daß die öffentliche Meinung des Westens sich bei einem geteilten Deutschland viel sicherer fühle, als sie sich bei einem wiedervereinigten Deutschland fühlen würde, 2) daß diese

5.

Kommen wir zum Schluß, vergegenwärtigen wir uns noch einmal die wesentlichen Grundelemente der niederländischen Beurteilung der deutschen Frage in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland und verknüpfen wir sie mit einigen Überlegungen zu deren näherer Charakterisierung.

1) Bei der internationalen Behandlung der deutschen Frage nahmen die Niederlande primär die Rolle des Beobachters ein. So intensiv sie an den westlichen Integrationsverhandlungen beteiligt waren, in der Frage der deutschen Einheit waren sie kein unmittelbarer Gesprächspartner. Gleichwohl waren die Niederlande in höchstem Maße an den politischen Entwicklungen jenseits ihrer Ostgrenzen interessiert, denn alles, was sich dort vollzog, konnte, ja es mußte sich – in welcher Form auch immer – früher oder später auf die Niederlande auswirken. Mochten Sicherheitsüberlegungen auch eine ganz andere wirtschaftliche Orientierung nahelegen, an der Geographie ließ sich nichts ändern. Interessiert und betroffen, Beobachter und Objekt sein – das war indes nicht alles. Wiederholt machten die Niederlande den Versuch, ihre Stimme zu Gehör zu bringen, wenigstens in Teilbereichen in den politischen Prozeß miteinbezogen zu werden. In unserem Zusammenhang ist die niederländische Mitgliedschaft in der UNO-Kommission das deutlichste Beispiel. Hier wurde aus dem Beobachter ein Mitbeteiligter, für den es sehr darauf ankam, die Tragweite seiner Schritte genau abzuwägen. So haben die entsprechenden Abteilungen im niederländischen Außenministerium wie auch die diplomatischen Vertretun-

öffentliche Meinung – auch wenn dies eine Vogel-Strauß-Haltung sei – sich niemals für die deutschen Wünsche erwärmen werde, 3) daß daher Lippendienste am Wiedervereinigungsideal das äußerste sei, wozu die Bundesrepublik ihre Verbündeten werden bekommen können, 4) daß Deutschlands westeuropäische Bündnispartner, läge es an ihnen, gerne einen *modus vivendi* mit der Sowjetunion auf der Grundlage des Status quo, einschließlich der deutschen Teilung, annehmen würden, 5) daß es ein Erfolg der westdeutschen Politik sei, daß diese Haltung nicht Inhalt der westeuropäischen offiziellen Politik sei, 6) daß eine Wiedervereinigung auf dem Wege über Moskau nur zu einem Satellitenstatus Deutschlands führen könne und daher 7) die Wiedervereinigung nur auf Kosten der Freiheit zu erzielen sei. So sei die Entscheidung, die die Deutschen treffen müßten, zwar tragisch, aber nicht schwer, es sei denn, sie würden durch das Verlangen nach Selbstvernichtung angetrieben (welches – so konnte sich der Kommentator nicht verkneifen – keine neue Erscheinung in der deutschen Geschichte sei) – dann aber wären die Deutschen keine geeigneten Bündnispartner für den Westen. Auch aus einem weiteren langen Kommentar vom 3. 2. 1955 läßt sich die Besorgnis der führenden liberalen Tageszeitung der Niederlande ablesen, daß die Ermutigung kurzfristiger Wiedervereinigungserwartungen durch westdeutsche Politiker wegen der Unmöglichkeit ihrer Realisierung zu Frustrationen und damit zu einer gefährlichen Destabilisierung führen könnte; als angehender Bündnispartner glaube man, ohne weiteres zu derartigen Mahnungen berechtigt zu sein. Siehe auch den zurückhaltenderen Kommentar J. L. Heldrings („De Toestand“) in der NRC vom 3. 2. 1955, in dem dieser unterstrich, daß die russische Anwesenheit in Mitteleuropa abnormal sei und eine Festlegung des Westens auf den Status quo daher nicht angehe; Möglichkeiten zu dessen langfristiger Veränderung – selbst wenn diese noch Jahrzehnte auf sich warten lassen könnten – sah er etwa im herausziehenden sowjetisch-chinesischen Konflikt (J. L. Heldring bestätigte den Verfasser die Autorschaft dieses anonymen Kommentars in einem Gespräch am 20. 10. 1986).

gen nicht bloß registriert, sondern auch gründliche eigene Überlegungen angestellt; ihnen galt die Aufmerksamkeit unserer Studie vor allem.

2) In den Jahren von 1940 bis 1945 war Deutschland für die Niederlande zu einem Trauma geworden. Zurück blieben tiefe Wunden, massive wirtschaftliche Folgeschäden, Entschädigungserwartungen und ein hohes Sicherheitsbedürfnis, dazu ein Bild der Deutschen, in dem Gewalttätigkeit mit Irrationalismus, Tüchtigkeit mit Gefühllosigkeit, Untertanengeist mit Unzuverlässigkeit eine bedrohliche Verbindung eingingen. War dieses Monstrum Deutschland auf Dauer oder nur vorübergehend geschwächt? Mißtrauen und Wachsamkeit – immer wieder Wachsamkeit – waren die Verhaltenskategorien, die es niemals zu vernachlässigen galt. Es war keine einfache Einsicht, daß es eine Existenznotwendigkeit war, gerade zu diesem Nachbarn wieder wirtschaftliche Bande zu knüpfen (und bis zu einer neuerlichen Abhängigkeit hin auszubauen), daß die Niederlande im Kalten Krieg dessen Territoriums bedurften, wenn anders ein heißer Krieg nicht sofort im eigenen Lande geführt werden sollte, daß dieses Deutschland gar als militärischer Partner gebraucht wurde, weil auf seine Soldaten und sein Potential nicht verzichtet werden konnte. Doch Nüchternheit und kühl kalkuliertes Wirtschafts- und Sicherheitsdenken ergaben, daß kein anderer Weg gangbar war. Gefühle mochten zur Distanz, zur Abwendung drängen, pragmatisches Kalkül zwang zur Zusammenarbeit. In dem behandelten einleitenden Passus der Kabinetts-Note über Deutschland vom Sommer 1952 kam diese innere Kluft klar zum Ausdruck⁷⁹. Nur die harte Notwendigkeit sei es gewesen, die die Bundesrepublik innerhalb von nur sieben Jahren zum wichtigsten Bündnispartner habe werden lassen, hieß es da, aber die Kluft, die große geistige Distanz, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber Deutschland und den Deutschen erwachsen sei, die sei auch nicht annähernd überwunden. Die Folgerung, die Bundesrepublik könne deswegen kein Bündnispartner sein wie jeder andere, war hart, aber konsequent. Die in der Note sofort anschließend ausgesprochene Mahnung aber, es gelte alle Diskriminierungen gegenüber Deutschland abzubauen, war bereits wieder Ausfluß nüchternen Kalküls. So bestimmten in diesen Jahren gefühlsmäßige Distanz und rational begründete Offenheit das Verhältnis der Niederlande zu seinem Nachbarn im Osten⁸⁰.

3) Als ein „Faß voller gefährlicher Strömungen“⁸¹ war Westdeutschland in den Augen der Diplomaten und Beamten im niederländischen Außenministerium in den Anfangsjahren der Bundesrepublik hochgradig instabil; immer wieder konstatierten

⁷⁹ Wie Anm. 70. Siehe vor allem S. 1 der Fassung vom 12. 9. 1952.

⁸⁰ Der bundesdeutsche Botschafter Mühlens charakterisierte diesen Zustand im Oktober 1954 mit der treffenden Bemerkung, daß im Haag eine „oft zwiespältige Wirklichkeit“ herrsche, „die von dem vorwärtsdrängenden Verstand und dem zögernden Gemüt bestimmt“ werde. In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, NA, Abt. 3, 210–01/53, Bd. 2, Mühlensfeld an Bonn, 7. 10. 1954. Vgl. dazu auch Heß/Wielenga, „Veertig jaar na dato: voltooid Nederlands-Duitse normalisering?“, in: Internationale Spectator 39 (1985), S. 686–696, bes. S. 689.

⁸¹ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung v. 7. 11. 1951, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel 1, 1950–54.

sie dort Materialismus, Nihilismus, einen latenten Nationalismus. Das Fehlen einer demokratischen Tradition in Deutschland wurde im Haag geradezu als Axiom gehandelt. Die in den Jahren vor 1933 vorhandenen, aber stets in der Minderheit gebliebenen demokratischen Strömungen und Parteien galten nicht als tragfähige künftige Ansätze für eine bessere Zukunft der Demokratie in Deutschland. Politisch vertrauenswürdige Ansprechpartner wurden nur wenige ausgemacht, aber diese galten als „kostbar“, wie ausdrücklich bemerkt wurde⁸². Anfänglich wurde selbst Adenauer noch nicht dieser Kategorie zugerechnet, erschien der erste deutsche Bundeskanzler doch als unergründlich, schlau, kalt, fordernd, berechnend⁸³. Daß Adenauer sich im Kreise der westlichen Außenminister nicht mit Schuldbekennnissen aufhielt, sondern zur Sache ging, nahm ihm Außenminister Stikker nach einer Begegnung im Jahre 1951 offensichtlich besonders übel⁸⁴. Und doch erwies sich „der Alte“ zunehmend als Hoffnungsträger, als einzig verlässliche Garantie eines akzeptablen deutschen Kurses⁸⁵; doch sein hohes Alter weckte Zweifel an der Dauerhaftigkeit dieser Garantie. Im Vergleich dazu wurden die deutschen Sozialdemokraten, vor allem wegen ihres Flirts mit dem Nationalismus, mit großer Skepsis betrachtet. Bezeichnenderweise wurde eine mögliche Schumacher-Regierung als höchst beunruhigende Perspektive empfunden. So hieß es im Dezember 1951 in der Deutschland-Note für die niederländische UNO-Delegation denn auch, Deutschland unter der Führung Schumachers würde „lästig, ja widerspenstig und dadurch gefährlich“ sein⁸⁶.

Als eine der gefährlichsten deutschen Traditionen galt dem Haag die in der deutschen Geschichte tief verwurzelte östliche Orientierung; Rapallo war da nur das Symbol. Daß Deutschland sich vom Westen abwenden und russischen Sirenenklängen folgen könnte, war – wie in anderen westlichen Ländern, vor allem Frankreich, auch⁸⁷ – damals eine ständige niederländische Sorge. Da mochte Adenauer, wie dies

⁸² Wie Anm. 5, S. 18.

⁸³ Vgl. u. a. den bereits in Anm. 25 genannten Brief der Bonner Botschaft vom 11. 4. 1951. Noch im Bericht Botschafter Lampings vom 28. 8. 1953 wurde Adenauer als „die Sphinx im Bundeskanzleramt“ bezeichnet. ARA, Collectie Stikker, 2.21.156, Inv. Nr. 59, 7 G, NATO, historical developments.

⁸⁴ Es handelte sich hierbei um ein von Adenauer angeregtes und von Stikker arrangiertes Abendessen am 3. 8. 1951, an dem die Minister und führende Beamte von acht Ländern des zu diesem Zeitpunkt in Straßburg versammelten Ministerkomitees des Europarats teilnahmen. Die kritische Bemerkung Stickers findet sich im Protokoll der Sitzung der niederländischen Botschafterkonferenz am 8. 8. 1951, S. 28 (ABZ, Departement, 912.10, Nederland, Ambassadeurs Conferentie 1951, map 1818). Adenauers Ausführungen während dieses Abendessens wurden in einem Memo der Deutschlandabteilung vom 7. 8. 1951 zusammengefaßt; bezeichnenderweise versah Generalsekretär Boon diesen Text mit der handschriftlichen Notiz: „Fragt alles mögliche – bietet nichts.“ (ABZ, AAB, Geheime Stukken, 921.311, Intégratie, West-Europese Verdediging, 1950–51).

⁸⁵ Schon während der Botschafterkonferenz am 8. 8. 1951 nannte De Booy Adenauer als „einzige Garantie“ im damaligen Deutschland. Protokoll, S. 30 (wie Anm. 84).

⁸⁶ Wie Anm. 28, S. 6; auch im „Vertrouwelijk Résumé No. 46“, S. 7, ebenda.

⁸⁷ Vgl. u. a. Raymond Poidevin, „La France devant le danger allemand, 1944–1952“, in: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hrsg.), Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht, Festschrift für Andreas Hillgruber, Köln 1985, S. 253–267, bes. S. 255.

ein Stresemann getan hatte, den Weg nach Westen weisen, was aber war nach Stresemann gekommen . . .⁸⁸? Als besonders beunruhigend wurde stets empfunden, daß die Sowjetunion die Mittel in der Hand hatte, nationale deutsche Wünsche in ganz anderem Maße zu befriedigen, als es der Westen je vermochte. Sie verfügte über den Schlüssel zur Wiedervereinigung und sie konnte sogar mit einer Korrektur der Oder-Neisse-Linie locken. Anfang der fünfziger Jahre wurde die Bundesrepublik noch keineswegs als Teil des Westens angesehen, sie erschien als hochgradig verführbar. Es mußten noch Jahrzehnte vergehen, ehe in den Niederlanden akzeptiert wurde, daß die Grenzen des Westens – auch mental – tatsächlich einige hundert Kilometer nach Osten gewandert waren⁸⁹. Der Versuch, jenen östlichen Verlockungen entgegenzuhalten, man sei in der Lage, den Weg zur einzig akzeptablen Form der deutschen Einheit zu weisen, war nicht mehr als eine einfache Überlebensstrategie. In einem gewissen Widerspruch zu der Furcht vor einer möglichen Wendung Deutschlands nach Osten stand die niederländische Auffassung, man werde wohl damit rechnen können, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland pro-westlich ausrichte. Doch das war nur eine nicht unbegründete Vermutung; sicherer Verlaß war darauf nicht.

4) Schon die große Sorge vor dem potentiellen Gewicht der Bundesrepublik allein führte zu dem Bestreben, von vornherein genügend Gegengewichte zu schaffen⁹⁰. Das hieß konkret: Sollte die stets als oberstes Ziel angesehene Integration Westdeutschlands in den Verband der westeuropäischen Staaten tatsächlich mehr Sicherheit schaffen, so durfte daraus dennoch keine gefährliche Abhängigkeit erwachsen, d. h. Großbritannien und die USA durften als Gegengewichte – Frankreich wurde für diese Rolle als nicht potent genug erachtet – nicht ausfallen. Diese Haltung implizierte jedoch keine an sich durchaus folgerichtige Ablehnung jeglichen Nachdenkens über die deutsche Wiedervereinigung. Der Status quo in Europa galt noch keineswegs als ein Faktor der Sicherheit. In einer Kabinettsitzung am 20.7. 1953 unterstrich Ministerpräsident Drees ausdrücklich die große Bedeutung der deutschen Einigung für den Weltfrieden⁹¹. Der Haag sah kein Heil in der bestehenden

⁸⁸ Auf diesen Zusammenhang wurde ausdrücklich in der Deutschlandnote für das Kabinett vom Sommer 1952 verwiesen (siehe S. 6 der Fassung vom 12.9. 1952, wie Anm. 70).

⁸⁹ In dem bereits mehrfach genannten Botschaftsbericht vom 11.4. 1951 erschien Deutschland, „dieses nicht mehr westeuropäische, in sich verteilte Konglomerat teutonischer und anderer Instinkte“, noch selbstverständlich als Teil einer anderen Welt (wie Anm. 25). Ende der siebziger Jahre dagegen stellte der bekannte niederländische Journalist Jerome L. Heldring ebenso selbstverständlich fest, daß Deutschland jetzt mit seinem größeren und wichtigeren Teil zum Westen gehöre („Niederländische Beobachter: Die Bundesrepublik – „stellvertretend“ für Europa?“, in: Johannes Haas-Heye (Hrsg.), *Im Urteil des Auslands. Dreißig Jahre Bundesrepublik*, München 1979, S. 157.

⁹⁰ Dies wurde besonders in der Deutschlandnote für das Kabinett vom Sommer 1952 unterstrichen (siehe S. 6 der Fassung vom 12.9. 1952, wie Anm. 70).

⁹¹ Im Protokoll hieß es: „Der Ministerpräsident weist in diesem Zusammenhang darauf hin, welche große Bedeutung die Einigung Deutschlands für die Erhaltung des Weltfriedens haben könne. Er hält es für wünschenswert, daß nach außen hin nicht der Standpunkt vertreten werde, daß die Vereinigung Deutschlands niemals auf Kosten der westlichen militärischen Zusammenarbeit mit Deutschland gehen dürfe.“ ARA, Protokoll des Ministerrats vom 20.7. 1953.

Ordnung Europas, und die deutsche Wiedervereinigung war ein wichtiger Posten im Katalog erwünschter Veränderungen. Mit der unausbleiblichen Debatte über die Oder-Neisse-Grenze würde dann zwar wahrscheinlich ein neues Problem entstehen, doch das war eine Frage für die Zukunft. Aus niederländischer Perspektive waren es jedenfalls die Teilung Deutschlands und die ungeklärte Lage Berlins, die für die erhöhte Spannung in Europa sorgten. Wie im Falle einer Wiedervereinigung das Gewicht Gesamtdeutschlands ausbalanciert werden konnte, war ebenfalls keine aktuelle Sorge. Daß dies nur im Rahmen der NATO, nicht dagegen der EVG geschehen konnte, wurde bereits erwähnt.

5) Freilich ist nicht zu verkennen, daß die niederländische Orientierung auf eine deutsche Wiedervereinigung eine Heile-Welt-Option war. Das Beharren des Haag auf einer demokratischen Struktur Deutschlands und auf dessen freier Wahlmöglichkeit, sich als Ganzes mit dem Westen zu verbinden, waren durchaus keine perfiden Schliche, um mit – wie man wohl wußte – unannehmbaren Forderungen an die UdSSR die Wiedervereinigung von vornherein zum Scheitern zu verurteilen, dieser Kurs rührte vielmehr von den selbstverständlichen Implikationen der eigenen politischen Wertordnung und von dem ausgeprägten Verlangen nach Sicherheit her. Wenn jemand – wie der niederländische Botschafter in Bangkok, F. d'Ansembourg, in Reaktion auf das „Vertrauliche Resümee“ vom Dezember 1951 – tatsächlich einmal erklärte, es sei besser, Deutschland bliebe geteilt (apart ausgedrückt in der Wendung, es sei besser, Preußen und Deutsche blieben getrennt⁹²), so erfuhr er vom Ministerium sofort deutlichen Widerspruch⁹³. Noch wollte man dort die Hoffnung nicht aufgeben, die westliche Politik der Stärke würde die UdSSR zu Konzessionen veranlassen⁹⁴. Viel Wirklichkeitssinn sprach daraus nicht. Dies war nur ein Blickwin-

⁹² F. d'Ansembourg ging ausdrücklich von der gegenseitigen Anerkennung des damaligen europäischen Status quo als Voraussetzung einer Entspannung aus. ABZ, Brief vom 7. 1. 1952, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel 1, 1950–54.

⁹³ In dem Schreiben des Außenministers an den Bangkokener Botschafter hieß es zur Status-quo-Anerkennung:

„Ihre weiteren Betrachtungen bringen Sie dann zu der Schlußfolgerung, daß eine gegenseitige Anerkennung des Status quo in Europa in der Form der Verpflichtung, diesen Status quo nicht mit Gewalt zu verändern, gute Aussicht auf Entspannung bietet. Obwohl ich anerkenne, daß dieser Gedanke an sich richtig wäre, wenn im Moment von einem wohldefinierten Status quo gesprochen werden könnte, meine ich doch, daß er unter den heutigen Umständen nicht zu verwirklichen ist.

Denn wie auf S. 2 des vertraulichen Resümés bemerkt wird, ist es gegenwärtig noch nicht möglich, von einer genauen Abgrenzung in Osteuropa zu sprechen. Obendrein fehlt als notwendiges Erfordernis eine Vertrauensbasis gegenüber der Sowjetunion.

Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ist es meiner Meinung nach nicht gut möglich, auf die von Ihnen vorgeschlagene Weise die Spannung in Europa zu verringern.

Außerdem verdient wohl unterschieden zu werden zwischen dem Akzeptieren des Status quo in einer bestimmten Periode und dem letztendlichen politischen Ziel, das man anstrebt und das sicher in diesem Fall nicht mit dem Status quo zusammenfällt.“ Zitiert nach der Entwurfsfassung vom 25. 2. 1952; versandt wurde der Brief am 3. 3. 1952, ebenda.

⁹⁴ So sehr diese Hoffnung immer wieder im Hintergrund der eigenen Überlegungen und Aktivitäten stand, so wenig läßt sich zeigen, inwieweit man tatsächliche Chancen zu ihrer Realisierung sah.

kel, doch zeigt sich darin, daß die Bekenntnisse zur deutschen Einheit keineswegs bloße Lippendienste waren – für wie bedeutsam ihr propagandistischer Effekt auch immer gehalten wurde. Freilich war es nicht immer klug und geraten, die eigenen Vorbehalte offen zu äußern⁹⁵. Auf der anderen Seite waren die niederländischen Politiker nüchtern genug zu erkennen, daß die in Europa entstandene Lage womöglich sehr lange währen würde. Ebenso nüchtern registrierten sie, daß Adenauers Wiedervereinigungsrhetorik jegliche Konkretisierungsmöglichkeit fehlte⁹⁶. Sie standen auch nicht an, Veröffentlichungen deutscher Forschungsinstitute zu den wirtschaftlichen Problemen einer Wiedervereinigung in aller Deutlichkeit als „Wunschdenken“ abzutun⁹⁷. So kann weder gesagt werden, daß die deutsche Teilung im Haag für wünschenswert gehalten wurde – wie das in breiten französischen Kreisen offenkundig der Fall war⁹⁸, noch daß sie dort als unwiderruflich angesehen wurde. Vielmehr war die deutsche Teilung aus niederländischer Perspektive ein Faktor, mit dem es auf längere Sicht zu rechnen galt. Den Haag vermied es allerdings, diese realistische Einsicht gegenüber der mit wacher Sorge beobachteten deutschen Öffentlichkeit kundzutun; dies wäre geradezu als leichtfertiges Spiel mit dem Feuer empfunden worden. So handelte man in Übereinstimmung mit den gegebenen Realitäten, unterstrich nach außen hin aber die Zustimmung zum Ziel einer deutschen Wiedervereinigung. Dem heutigen Beobachter erschließt sich diese Spannung zwischen dem nüchternen Kalkül einer realitätsnahen und gegenwartsorientierten Politik und den vagen Hoffnungen auf eine vielleicht bessere Zukunft als Charakteristikum der Deutschlandpolitik des Haag in den frühen fünfziger Jahren; dagegen vermag er dort nicht einmal Spuren für verpaßte Gelegenheiten und vertane Chancen in der deutschen Frage zu entdecken.

Möglicherweise entsprachen die Überlegungen den von J. L. Heldring in seinem erwähnten Kommentar ausgebreiteten Gedankengängen (vgl. Anm. 78). Näheres hierüber wird sich erst nach einer gründlichen Analyse der niederländischen Sowjetunionperzeption sagen lassen, die noch immer ein wichtiges Desiderat ist, während über die ersten Jahrzehnte der niederländischen Beziehungen zur Sowjetunion jetzt die beachtenswerte Studie Ben Knapens (*De lange weg naar Moskou. De Nederlandse relatie tot de Sovjet-Unie, 1917–1942*, Amsterdam 1985) vorliegt.

⁹⁵ Siehe dazu die in Anmerkung 91 zitierte Äußerung von Ministerpräsident Drees. Vgl. auch den geschilderten NRC-Vorfall vom Januar 1955.

⁹⁶ Siehe dazu z. B. den Brief De Booy vom 4. 4. 1952 an das Außenministerium, in dem er Adenauers Frage an die SPD, wie sie denn ihre Wiedervereinigungsvorstellungen realisieren wolle, an Adenauers Politik selbst richtete. ABZ, Departement, 912.2, Oost-Duitsland – West-Duitsland, Eenheidsstreven, deel 5.

⁹⁷ Botschaftsbericht De Booy vom 11. 10. 1952, S. 7, ABZ, Departement, 912.2, Oost-Duitsland – West-Duitsland, Eenheidsstreven, deel 6. Siehe in diesem Zusammenhang auch den Botschaftsbericht vom 11. 8. 1953, ABZ, AAB, 912.20, Duitse hereniging, 1951–1953.

⁹⁸ In seinem Telegramm vom 21. 3. 1952 charakterisierte der niederländische Botschafter in Paris, Baron van Boetzelaer van Oosterhout, zwei Strömungen in der französischen Politik gegenüber Deutschland, die indessen beide Deutschlands Teilung bevorzugten. ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel 1.